Anhang

Annexes

1 - 17

zum Stadtratsprotokoll Nr. 4

vom 17. März 2016

au procès-verbal n° 4

du 17 mars 2016

Anhang Nr. 1

Beantwortung

des überparteilichen Postulates 20150231, Dennis Briechle, GLP, Lena Frank, Grüne, Anna Tanner, SP, "Abfalltrennung im öffentlichen Raum"

Im vorliegenden Postulat wird der Gemeinderat aufgefordert, zu prüfen, ob am Strandboden an zentralen Standorten getrennte Abfallbehälter für Wertstoffe aufgestellt und betrieben werden können. Bei einer erfolgreichen Umsetzung und positiven Erfahrungen soll das Konzept auf weitere Standorte auf dem ganzen Stadtgebiet ausgeweitet werden.

Im September 2012 bildete sich im Jugendparlament (JuPa) Biel eine Arbeitsgruppe, die sich für die Realisierung von Recyclingstationen in Biel einsetzte. Die Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier lancierten und betreuten deshalb in Absprache mit der Direktion Bau, Energie und Umwelt im Sommer 2013 während drei Wochen das Testprojekt RecyBiel/RecyBienne auf dem Strandboden. Zu den bereits existierenden grossen Abfalleimern wurden an sieben Standorten Gebinde für die separate Entsorgung von PET, Alu und Glas aufgestellt. Um über repräsentative Erfahrungen und Zahlenmaterial zu verfügen, wurde im Sommer 2014 das Landschaftswerk beauftragt die Separatsammlungen über eine längere Zeitdauer von Juni bis September weiterzuführen.

Die gemachten Erfahrungen haben gezeigt, dass die aufgestellten Gebinde benützt wurden, die eingeworfenen Wertstoffe jedoch eine sehr geringe Menge aufwiesen. Im ersten dreiwöchigen Versuch war eine Gesamtmenge von 232 kg zu verzeichnen, was pro Tag zirka 11 kg Wertstoffe entsprach. Die dabei erfassten Fremdstoffe von rund 13% waren entgegen den Erwartungen eher tief. Im Pilotprojekt 2014, welches über dreieinhalb Monate durchgeführt wurde, konnte die Menge pro Tag auf rund 20 kg erhöht werden. Negativ viel auf, dass sich in den Eimern für die brennbaren Abfälle zirka 39% fehlgeworfene Wertstoffe befanden, welche vom Landschaftswerk von Hand aussortiert wurden. Gesamthaft wurde in der Pilotphase mit den Wertstoffsammelbehältern 519 kg Alu, 559 kg Pet und 920 kg Glas, gesammelt. Die Gesamtkosten für den Pilotversuch von CHF 6'500.00, was Sammelkosten pro Tonne von rund CHF 3'500.00 entspricht, übernahm die Direktion Bau, Energie und Umwelt.

Da eine definitive Einführung durch die Direktion Bau, Energie und Umwelt aus ökonomischen Gründen und auf Grund fehlender Ressourcen nicht machbar war, jedoch als Beschäftigungsprogramm durchaus Sinn machen würde, wurde mit der Direktion Soziales und Sicherheit abgeklärt, ob das Projekt im Rahmen der Arbeitsintegration mit Unterstützung des Landschaftswerkes weitergeführt werden könnte. Gemäss Rückmeldung der Direktion Soziales und Sicherheit, Fachstelle Arbeitsintegration, können für neue Projekte zurzeit keine Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Die Direktion Bau, Energie und Umwelt hat daher vom Landschaftswerk eine entsprechende Offerte eingeholt um abzuklären, mit welchen Kosten zu rechnen wäre, wenn das Projekt mit Personen aus Asyl Biel&Region (ABR) durchgeführt würde. Gemäss eingegangener Offerte wären beim Fehlen von Arbeitsplätzen aus den Beschäftigungsprogrammen (BIAS oder KIA) jedoch mit Personal aus dem Asylbestand (ABR) pro Jahr für eine Projektdauer von sechs Monaten mit Kosten von CHF 20'000.00 zu rechnen. Leider stehen keine KIA- oder BIAS-Plätze zur Verfügung (Aufwendungen des Landschaftswerkes pro Saison CHF 6'000.00). Zu den bereits erwähnten Kosten wäre für die Anschaffung von zwölf Recycling-Stationen (Modell SBB) mit einmaligen Aufwendungen von CHF 36'000.00 zu rechnen. Bei einer Umsetzung durch das Personal der Strassenreinigung des Strasseninspektorates wären nebst den einmaligen Kosten im Sommer jährlich wiederkehrende Aufwendungen von zirka CHF 50'000 zu erwarten. In diesem Fall müsste in der Strassenreinigung auf Grund fehlender Ressourcen eine zusätzliche Stelle geschaffen und bewilligt werden.

Zu Punkt 1:

Der Gemeinderat ist deshalb bereit, eine Wiedereinführung der getrennten Abfallentsorgung am Strandboden erneut zu prüfen, sofern es möglich ist, diese im Rahmen eines Beschäftigungsprogrammes zu integrieren oder durch zusätzliche Ressourcen im Strasseninspektorat umzusetzen. Der entsprechende Antrag mit dem Verpflichtungskredit ist dem finanzkompetenten Organ zu unterbreiten.

Zu Punkt 2:

Als Beschäftigungsprogramm macht eine Realisierung der verlangten Sammlung sicher Sinn. Hingegen wird die Ausweitung auf das ganze Stadtgebiet auf Grund der fehlenden Ressourcen sowohl bei der Direktion Bau, Energie und Umwelt, wie auch bei der Direktion Soziales und Sicherheit, nicht befürwortet. Bereits mit der Beantwortung der Motion 20060145, "Öffentliche Abfalleimer für getrennte Entsorgung", hat der Stadtrat die Einführung solcher Abfalleimer in der Stadt Biel abgelehnt.

Zu Punkt 3:

Mit der Stadt Nidau besteht im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit ein regelmässiger Informationsaustausch zu unterschiedlichen Themen. Dass die Stadt Nidau mit Ihrem Konzept positive Erfahrungen gemacht hat, ist bekannt und wurde auf neuerliche Rückfrage erneut bestätigt. Hingegen lassen sich die verschiedenen Örtlichkeiten und dessen Nutzende nur schwer miteinander vergleichen. So ist die Fläche der Seematte mit zirka 7'000m^2 gegenüber des Strandbodens mit rund 25'000m^2 viermal kleiner. Auch das Besucherprofil unterscheidet sich stark. So sind auf der Seematte in Nidau mehrheitlich Personen anzutreffen, welche dort für ein paar Stunden gemütlich am Verweilen sind und ihre Abfälle im Anschluss mehrheitlich ordentlich in die bereitgestellten Sammelgebinde entsorgen. Auf dem Strandboden sind hingegen viele Passantinnen und Passanten zu beobachten, welche flanieren, sich unterwegs verpflegen und die dabei produzierten Abfälle oft achtlos liegenlassen. Zudem sind die Wege zum nächsten Abfalleimer durch die grosse Rasenfläche weiter als auf der Seematte in Nidau, was dazu verleitet, die Abfälle liegen zu lassen. Auch in der Stadt Nidau sind in den Abendstunden überdurchschnittlich viele Fehlwürfe in den Gebinden festgestellt worden.

Gestützt auf die Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt empfiehlt der Gemeinderat dem Stadtrat, den Punkt 1 des überparteilichen Postulates 20150231 erheblich zu erklären, den Punkt 2 nicht erheblich zu erklären, und Punkt 3 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Biel, 18. November 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage: überparteiliches Postulat 20150231

Vorstoss Nr./Interv. no: 150231
Termin ... /Délai CM: 18.11.15
Direktion ... /Direction: BEU
Mitbericht/Corapport: DSS

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Überparteiliches Postulat

Abfalltrennung im öffentlichen Raum

Eingereichter Text

Der Gemeinderat wird beauftragt zu prüfen

1. Am Strandboden an zentralen Standorten getrennte Abfallbehälter für unterschiedliche Abfallstoffe aufzustellen, analog dem Konzept der Stadt Nidau entlang des Seeufers.
2. Bei einer erfolgreichen Umsetzung und positiven Erfahrungen das Konzept auf weitere Standorte auf dem Stadtgebiet auszuweiten.
3. Sich mit den verantwortlichen Stellen der Stadt Nidau auszutauschen um von den gemachten Erfahrungen zu profitieren.

Begründung

Die Stadt Nidau macht es vor: An mehreren Standorten auf den öffentlichen Freiflächen entlang des Seeufers stehen seit zwei Jahren separate Behälter für PET, Glas, Alu und den Restmüll. Die gemachten Erfahrungen sind gemäss Mitteilung der Stadt Nidau vom 24.7.2013 positiv. Diese Einschätzung gilt nach wie vor, wie eine Nachfrage ergeben hat. Eigene Augenscheine vor Ort bestätigen, dass die separat gesammelten Abfallstoffe diszipliniert entsorgt werden.

Anders das Bild am Bieler Strandboden: An schönen Tagen mit grossem Andrang – gerade am Wochenende – sind die kleinen Abfallbehälter schnell überfüllt. Der daraufhin rundherum aufgestapelte Müll gibt eine schlechte Visitenkarte ab, erst recht wenn er durch Wind weiter verteilt wird.

Ein weiterer positiver Effekt könnte eine Sensibilisierung auf die Thematik der Abfalltrennung und die Tatsache, dass Müll eben nicht einfach Müll, sondern oft auch wiederverwertbarer Rohstoff ist, sein. Im idealsten Fall könnte das Konzept auch zur Verhaltensänderung im privaten Rahmen anregen.

Dem leider bestehenden Problem der Entsorgung von Hausmüll an solchen Standorten könnte begegnet werden, indem einerseits die Standorte für Privatfahrzeuge nicht erreichbar sind und andererseits indem – anders als in Nidau – die Behälter für den Restmüll keinen frei aufklappbaren Deckel haben, sondern nur mit einer kleineren Öffnung für vor Ort typischerweise anfallende Abfälle versehen sind.

Biel/Bienne, 1. Juli 2015

Dennis Briechle, glp | Lena Frank, Grüne | Anna Tanner, SP

Anhang Nr. 2

Beantwortung

der Interpellation 20150230, Lena Frank, Grüne, "Verkauf des Hirschensaals"

Mit dem vorliegend behandelten Vorstoss werden dem Gemeinderat Fragen zum Hirschensaal bzw. der Liegenschaft Bözingenstrasse 161 in Biel unterbreitet. Die Interpellation verlangt Informationen betreffend dem Verkauf der Liegenschaft.

Die Fragen können wie folgt beantwortet werden:

1. **Gab es nebst der Bozistra AG weitere Interessenten für den Hirschensaal? Wenn Ja: Welches waren die Auswahlkriterien, die nun die Bozistra AG begünstigten?**

   Neben dem Angebot der Bozistra AG wurde lediglich ein weiteres Angebot abgegeben. Dieses war jedoch viel zu tief und konnte nicht berücksichtigt werden. Für die Bozistra AG sprach nebst dem höheren Angebot die Tatsache, dass die Bozistra AG bereits Eigentümerin der Nachbarliegenschaft ist, dem ehemaligen Hirschen. Dadurch ergeben sich Synergien sowohl bezüglich der Renovation beider Gebäude, wie auch in der Nutzung.

2. **Der Verkaufspreis von CHF 550'000 beinhaltet sowohl die Liegenschaft, als auch den Boden. Wie kam der Verkaufspreis zustande?**

   Die Liegenschaft Bözingenstrasse 161 ist im Bauinventar der Denkmalpflege als erhaltenswert eingestuft und verfügt über lediglich zwei Parkplätze. Mit Blick auf den Zustand des Gebäudes insbesondere auch auf den hohen Sanierungsbedarf im Saalbereich wie auch in den Wohnungen kann der schlussendlich mit der Käuferin verhandelte Preis als gut erachtet werden. Es wurde während der relativ langen Vermarktungsdauer, nebst demjenigen der Bozistra AG, lediglich ein weiteres Angebot in der Höhe von CHF 250'000.00 abgegeben.

3. **Gibt es eine Nutzungsgarantie für die lokalen Vereine? Wie sieht diese im Detail aus? Wie wird die Garantie längerfristig gesichert? Ist die Stadt Biel darum besorgt, den Vereinen eine vergleichbare Alternative zu bieten?**

   Die Käuferin hat schriftlich bestätigt, den Hirschensaal nach der Renovation wieder vermehrt der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Für Nutzungen durch ortsansässige Vereine und Organisationen wird der Saal zu ortsüblichen Konditionen zur Verfügung gestellt. Die Preisfestsetzung wird dem nicht gewinnorientierten Charakter dieser Nutzer Rechnung tragen.

   Zurzeit saniert die Stadt Biel das Schulhaus Châtelet. Nach Vollendung der Arbeiten kann im Schulhaus Châtelet die Aula durch Vereine gemietet werden. Somit steht im Bözingenquartier ein weiterer Raum zur Verfügung.

4. **Wie wurde die jetzige Nutzerin, die Zirkusschule tocati, in die Pläne einbezogen?**

   Bereits vor Mietantritt wurde der Zirkusschule mitgeteilt, dass Verkaufsbemühungen im Gange waren und fortgesetzt werden. Die Vertreter der Zirkusschule wurden zu

diversen Terminen betreffend die Miete begrüsst. Ebenfalls wurde die Zirkusschule zu einem Runden Tisch, an welchem diverse Vertreter der Stadt, des Quartiers und die Käuferin anwesend waren, eingeladen.

5. Ist die Stadt Biel interessiert daran, für die Zirkusschule ein anderes, geeignetes Trainingslokal zu ähnlichen Konditionen wie bisher im Hirschensaal zur Verfügung zu stellen?

Im Rahmen des Kaufs der Liegenschaft und damit auch des Hirschensaals hat die Käuferin, die Bozistra AG, der Zirkusschule tocati die Räumlichkeiten im Hirschensaal weiterhin zur Verfügung gestellt. Aus diesem Grund besteht für die Stadt Biel keine Veranlassung, ein anderes Trainingslokal für die Zirkusschule zu suchen.

Biel, 18. November 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage: Interpellation 20150230

„jeunes vert-e-s
junge gruene
Biel/Bienne

Vorstoss Nr./Interv. no: 150236
Termin GR/Délai CM: 18.11.15
Direktion/Direction: FIN
Mitbericht/Corapport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Interpellation Verkauf des Hirschensaals

Am 18. Juni war den Medien zu entnehmen, dass der traditionsreiche Hirschensaal für 550'000 Franken an die Zürcher Bozistra AG verkauft wurde. Diese spricht davon, den Saal zu renovieren und weiterhin an lokale Vereine zu vermieten, wenn auch mit einer Mieterhöhung. Bis jetzt nutzte die Zirkusschule locati den Hirschensaal für ihre Trainings. Zusätzlich sorgte sie für die Vermietung des Saales und übernahm die Hausmeistertätigkeiten. Auf Ende Jahr hat sie den Mietvertrag gekündigt. Daraus ergeben sich folgende Fragen:

1. Gab es nebst der Bozistra AG weitere Interessenten für den Hirschensaal? Wenn Ja: Welches waren die Auswahlkriterien, die nun die Bozistra AG begünstigten?
2. Der Verkaufspreis von 550'000 Franken beinhaltet sowohl die Liegenschaft, als auch den Boden. Wie kam der Verkaufspreis zustande?
3. Gibt es eine Nutzungsgarantie für die lokalen Vereine? Wie sieht diese im Detail aus? Wie wird die Garantie längerfristig gesichert? Ist die Stadt Biel darum besorgt den Vereinen eine vergleichbare Alternative zu bieten?
4. Wie wurde die jetzige Nutzerin, die Zirkusschule locati, in die Pläne mit einbezogen?
5. Ist die Stadt Biel interessiert daran, für die Zirkusschule ein anderes, geeignetes Trainingslokal zu ähnlichen Konditionen wie bisher im Hirschensaal zur Verfügung zu stellen?

Biel, 1. Juli 2015

Lena Frank, Grüne

Anhang Nr. 3

Réponse

à la motion urgente 20150293, (Hervé Treu, PSR), Dana Augsburger-Brom, SP, « Soutien financier à la Colonie des cygnes »

Par la présente motion, l'intervenant demande au Conseil municipal de verser une subvention de 81'000 fr. pour les années à venir à la Colonie des cygnes avec un contrat de prestations de 4 ans. Le Conseil municipal peut prendre position comme suit:

Il est bien connu que la situation financière de la Ville de Bienne s'est régulièrement détériorée ces dernières années. En 2010, après onze années positives, le compte annuel a été cloturé pour la première fois avec un excédent de charges. Le Conseil municipal a déjà attiré l'attention sur cette évolution en 2013 et 2014 et expliqué en détail les différentes causes dans le plan financier 2015 – 2019. C'est pour ces raisons qu'à l'automne 2013, le Conseil municipal a lancé le projet « Assainissement durable des finances communales (NHS) ».

La série de 74 mesures «NHS» a été présentée au Conseil de ville au printemps 2015. Elle contient entre autres la mesure n° 3-22 «Aucune subvention à la fondation Colonie des cygnes», qui prévoyait de supprimer à l'avenir la subvention versée à la Colonie des cygnes par la Ville de Bienne. Le Conseil de ville a adopté cette mesure lors de sa séance du 23 août 2015.

Suite au développement du dossier depuis le débat au Conseil de ville sur le sujet «NHS» au printemps 2015, le Conseil municipal a présenté à la séance du Conseil de ville des 14/15 octobre 2015 son projet de message à deux variantes pour le budget à soumettre en votation. Au sens d'une compensation de l'augmentation fiscale supplémentaire, le Conseil municipal a suggéré d'atténuer la variante concernée, entre autres la mesure NHS n° 3-22 «Aucune subvention à la fondation Colonie des cygnes», laquelle a été largement discutée et particulièrement critiquée par le public. Associée à une hausse supplémentaire de la quotité d'impôt de 0.05, le Conseil municipal a suggéré dans la variante II une subvention à la Colonie des cygnes et à autres institutions et/ou activités.

Après le rejet du budget 2016 par le Souverain, et après l'analyse des résultats de la votation, le Conseil municipal reste convaincu que la Colonie des cygnes doit continuer à percevoir des subventions. Il a donc décidé de prévoir un montant de 81'000 fr. dans la nouvelle version du budget qui sera soumise aux ayants droit au vote en avril 2016. Suite aux expériences faites, le Conseil municipal part du principe que le montant mentionné sera également payé dans les années à venir et qu'un contrat de prestations correspondant de 4 ans doit être conclu et soumis au Conseil de ville pour approbation.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter la motion urgente 20150293.

Bienne, le 6 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Le vice-chancellier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe: motion urgente 20150293

Vorstoss Nr./Interv. no: L0150293
Termin GR/Délai CM: 11.11.2015
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Corapport: FIN

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Motion urgente pour un soutien financier
à la "COLONIE DES CYGNES"

- La "Colonie des Cygnes" est une institution biennoise centenaire qui jouit d'un très large soutien populaire.

- Elle exerce plusieurs fonctions importantes:

  a) elle accueille en moyenne chaque année 300 oiseaux blessés qui y sont soignés;

  b) elle offre aux enfants (les dizaines de dessins d'enfants affichés depuis des semaines en témoignent !) l'occasion de voir en ville des oiseaux aquatiques et exotiques;

  c) elle accueille les oiseaux de compagnie que leurs propriétaires ne sont plus en mesure de conserver (maladie, âge, absences...), et cela pendant un certain temps, et ainsi sans devoir les abandonner dans la nature;

  d) elle offre, par son cadre et sa proximité, un endroit public de rencontre, de repos et de bonheur aux personnes âgées, seules, ou aux touristes de passage;

  e) last but not least elle contribue depuis longtemps à parfaire le charme de l'Allée qui l'accompagne.

* * * * * * * * * *

Mais, comme la Colonie, pour continuer à jouer pleinement son rôle défini ci-dessus, a besoin d'un appui financier pour rester encore en état de fonctionner dans les années à venir, la Ville de Bienne est sollicitée d'accorder la somme de 81.000 fr avec contrat de prestation de 4 ans.

Hervé Treu, le 24 septembre 2015.

PS Hervé Treu

Dana Appl-Bm

Ogi

Direktion Soziales und Sicherheit
An DSS
☐ zur Kenntnis
☐ zur Erledigung
☐ zur Stellungnahme bis
☒ Bericht und Antrag z.H. GR bis 16.10.15
Biel, 12.10.15 DSS be an DSS

Anhang Nr. 4

Réponse

à la motion urgente 20150294, (Hervé Treu, PSR), Dana Augsburger-Brom, SP, «Soutien financier suffisant à la Cuisine populaire pour les années à venir»

Par la présente motion, l'intervenant demande au Conseil municipal de soutenir l'association «Cuisine populaire/Vagos» avec une aide financière annuelle de 100'000 fr. et, si possible, avec un contrat de prestations sur 4 ans.

Depuis 2010, par le biais de la compensation cantonale des charges, cette association perçoit une subvention annuelle d'environ 70'000 fr. de la part de la Direction cantonale de la santé et de la prévoyance sociale (SAP) sur la base d'un contrat de prestations conclu avec la Ville de Bienne, qui verse ensuite l'intégralité de la subvention à l'association. Eu égard à la fusion de l'association de la Cuisine populaire avec l'Association pour sans-abri «Vagos» au 1er janvier 2013, la Ville de Bienne avait convenu dans le contrat de prestations pour les années 2012 et 2013 de lui verser une aide unique de 100'000 fr. en plus des subventions cantonales, mais à condition que la nouvelle association «Cuisine populaire/Vagos» remanie ses structures et sa politique tarifaire.

Lors du premier renouvellement du contrat de prestations avec l'association «Cuisine populaire/Vagos» pour la période 2014 – 2017 (approbation par arrêté n° 390 du Conseil municipal du 20.05.2015), il a été convenu que la Ville de Bienne verse exceptionnellement à cette association une nouvelle aide financière unique supplémentaire de 40'000 fr. pour 2014 en plus de la subvention cantonale de 73'127 fr. octroyée par la Direction cantonale de la santé et de la prévoyance sociale (SAP), afin de garantir sa survie. Il a de nouveau été consigné par contrat que l'association devait remanier ses structures et sa politique tarifaire, afin de pouvoir s'en sortir à l'avenir sans l'aide financière supplémentaire de la Ville de Bienne. Par sa signature, l'association «Cuisine populaire/Vagos» a expressément reconnu cette condition contractuelle.

Par principe, les subventions cantonales financées par la Direction cantonale de la santé et de la prévoyance sociale (SAP) via la compensation cantonale des charges sont calculées de telle sorte qu'il est possible au bénéficiaire de la subvention de fournir la prestation convenue de manière rentable et conforme à l'objectif. Lors de la conclusion du contrat, le Conseil municipal a sciemment opté pour un dernier paiement d'une aide financière supplémentaire à l'Association «Cuisine populaire/Vagos». Cette dernière devait donc être ainsi soutenue une dernière fois dans le but de maîtriser définitivement les charges supplémentaires liées à la fusion de 2013. De l'avis du Conseil municipal, l'Association doit être en mesure de trouver son «courant normal» 3 ans après cette fusion, pour lequel les subventions cantonales sont calculées de manière suffisante. Jusqu'à présent, l'Association n'a pas pu en fournir la preuve, et elle n'a jamais adressé de demande officielle de subvention à la Ville de Bienne.

Par arrêté du 15 octobre 2015, le Conseil de ville a refusé d'augmenter le budget 2016 en faveur d'un contrat de prestations accru avec l'association «Cuisine populaire/Vagos». Au vu du budget 2016 rejeté par les ayants droit au vote le 15 novembre 2015, le Conseil municipal a désormais élaboré une nouvelle variante de budget 2016 et prévu d'y inclure de nouveau une subvention supplémentaire de 40'000 fr. en faveur de cette association, comme cela est demandé par l'intervenant. Le Conseil municipal attire toutefois l'attention sur le fait que l'inscription d'un montant au budget lui permet uniquement de réaliser une dépense, mais que cela n'engendre aucune obligation pour la Ville de Bienne ni aucun droit à son paiement pour l'association «Cuisine populaire/Vagos».

Les prestations supplémentaires de la Ville de Bienne en faveur de l'association «Cuisine populaire/Vagos» ont toujours été exclusivement fournies en relation avec la fusion du 1er janvier 2013, afin que cette association puisse surmonter les répercussions financières correspondantes. De l'avis du Conseil municipal, un tel octroi extraordinaire de subvention ne saurait devenir une situation normale. Le Conseil municipal est disposé à examiner un soutien éventuel à cette association si cette dernière, comme cela est d'ailleurs le cas pour toutes les institutions, adresse à la Ville de Bienne une demande correspondante motivée et accompagnée de tous les documents requis. Concernant la durée de 4 ans demandée par l'intervenant pour le contrat de prestations, il convient d'examiner si un deuxième contrat doit être établi pour la prestation prévue en complément au contrat de prestations déjà existant, ou si son intégration dans un contrat unique est judicieuse. Étant donné que le contrat en cours est valide jusqu'à fin 2017, et qu'il sera probablement reconduit pour 4 ans à son échéance, il est nécessaire d'examiner une élaboration formelle concrète. Cela apparaît d'autant plus indispensable qu'à ce jour, aucune demande correspondante n'a encore été déposée par l'association «Cuisine populaire/Vagos».

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter la motion urgente 20150294.

Bienne, le 6 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire:	Le vice-chancelier
Erich Fehr	Julien Steiner

Annexe: motion urgente 20150294

Vorstoss Nr./Interv. no: 20150294
Termin GR/Délai CM: 11.11.2015
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Corapport: FID

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Motion urgente pour un soutien financier suffisant à la Cuisine Populaire pour les années à venir.

- La Cuisine populaire (Vagos) est pour la Ville de Bienne une institution sociale de première importance.
- Elle est une association créée en 1990, avec ses propres statuts. Ses Comptes sont révisés par un spécialiste.
- Elle sert en moyenne 18.000 repas pendant les 365 jours de l'année au prix de 5 fr et, en hiver, une distribution quotidienne et gratuite de soupe et de pain.
- Les repas pour les enfants en-dessous de 12 ans sont gratuits.
- Les personnes qui font appel à ce service et qui n'ont pas les moyens financiers de payer plus cher leur repas sont essentiellement:
  - des personnes âgées
  - des personnes malades
  - des personnes isolées
  - des parents seuls à élever leurs enfants
  - des chômeurs aux ressources limitées
  - des invalides
  - des personnes dépendantes de l'aide sociale.
- En Ville de Bienne, ce n'est qu'à la Cuisine populaire qu'est offerte à la population la douche publique gratuite.
- Or:
  - Le personnel a un salaire minimal bien inférieur à celui offert à d'autres employés de services sociaux comparables.
  - Ce salaire ne couvre même pas les assurances de base ni les vacances officielles pourtant obligatoires.
  - Il manque actuellement à la Cuisine Populaire la somme de 130.000 fr pour fonctionner normalement. Or elle ne reçoit que 73.000fr.

Nous demandons aux autorités de la Ville de Bienne:

Une augmentation de l'aide financière

à 100.000 fr

et si possible par un contrat de prestation

sur 4 ans.

Ainsi le devoir moral de la Ville serait assumé !

Hervé Theu, le 24 septembre 2015

PS

Direktion Soziales und Sicherheit
An DS
☐ zur Kenntnis
☐ zur Erledigung
☐ zur Stellungnahme bis
☒ Bericht und Antrag z.H. GR bis 16.10.15 an DSS
Biel, 12.10.15
DSS

Direktion Soziales und Sicherheit
Eing. 12. Okt. 2015
Direction de l'action sociale et de la sécurité

Anhang Nr. 5

Réponse

au postulat urgent 20150295, (Hervé Treu) Dana Augsburger-Bron, PSR, «Soutien financier aux Cartons du Cœur»

Il est demandé au Conseil municipal de soutenir les Cartons du Cœur avec une participation de 10 000 fr. par an, si possible couplée avec un contrat de prestations de quatre ans.

Les Cartons du Cœur ont déposé une demande de subvention le 20 mai 2014. Après examen, la Direction de l'action sociale et de la sécurité l'a rejetée le 27 juin 2014, en se référant à la situation financière tendue de la Ville de Bienne. Le Conseil municipal est d'avis que la décision de cette direction est correcte et partage les arguments donnés à l'époque.

Il est incontestable que l'institution des Cartons du Cœur soulage les personnes dans le besoin. Au moment d'octroyer une subvention à ce genre d'institution, le Conseil municipal doit toujours examiner à quel secteur d'activités l'offre doit être attribuée et de la compétence de qui elle relève. L'offre des Cartons du Cœur s'inscrit clairement dans le domaine des prestations bénévoles. Un engagement supplémentaire du Conseil municipal au niveau des subventions n'est possible que si le poste budgétaire correspondant est augmenté.

Par arrêté du 15 octobre 2015, le Conseil de ville a refusé d'augmenter le budget 2016 en faveur d'un contrat de subventionnement avec les Cartons du Cœur. Suite au rejet dudit budget par les ayants droit au vote le 15 novembre 2015, le Conseil municipal a élaboré une nouvelle variante qui comprend une subvention de 10 000 fr. aux Cartons du Cœur, comme le demande la présente intervention. Il tient toutefois à souligner que l'inscription d'un montant dans le budget lui donne seulement la possibilité de supporter une dépense, mais n'entraîne aucune obligation pour la Ville de Bienne ou de droit pour l'institution, en ce qui concerne le versement de ce montant.

Les Cartons du Cœur n'ont actuellement pas déposé de demande pour que la Ville de Bienne les soutienne en 2016. Cependant, le Conseil municipal est disposé à examiner l'éventualité d'un soutien, si une demande justifiée et accompagnée des documents requis parvient à l'Administration municipale, comme c'est le cas pour toutes les institutions.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat urgent 20150295.

Bienne, le 6 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire:

Erich Fehr

Le vice-chancelier:

Julien Steiner

Annexe:
- Postulat urgent 20150295

Vorstoss Nr./Interv. no.: 150295
Termin GR/Délai CM: 11.11.2015
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Corapport: FID

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat

~~Motion~~ urgente pour un soutien financier aux "CARTONS DU COEUR".

- Cette institution existe depuis 1993.

- Elle s'est donnée comme but de soulager les difficultés existentielles de personnes et de familles en leur livrant quelques fois par année, à leur domicile, des aliments et des produits d'hygiène de base, cela sous la forme de cartons, d'où le nom de "Cartons du Coeur".

- Pour ces livraisons 50 bénévoles, qui ne reçoivent aucune contribution pour leur engagement, sont à disposition tout au long de l'année.

- Ainsi, durant chaque année, près de 800 livraisons, représentant quelque 30.000 kg de marchandises, soulagent de leur situation difficile environ 2000 personnes en Ville de Bienne.

- Un exemple, parmi d'autres, de la précarité existentielle de certains habitants de notre chère Ville de Bienne, qui pourraient être nos voisins:

  Quand 2 bénévoles des "Cartons du Coeur" se sont présentés chez 2 retraités pour leur apporter de quoi les aider à se nourrir, ils ont trouvé un frigo vidé et deux personnes qui n'avaient plus de quoi manger depuis 2 jours....
  Et c'était la semaine passée...

- Pour la gestion de cette institution, celle-ci, pour survivre, doit essayer de réunir quelque 90.000 fr par année.

* * * * *

Pour encourager les bénévoles à bien vouloir continuer leur dévouement, nous estimons que la Ville de Bienne a le DEVOIR MORAL de soutenir financièrement cette institution.
Nous proposons une participation de 10.000 fr par année couplée à un contrat de prestation de 4 ans.

Hervé Treu, le 24 septembre 2015.

PS

Direktion Soziales und Sicherheit
An DS
☐ zur Kenntnis
☐ zur Erledigung
☐ zur Stellungnahme bis
☒ Bericht und Antrag z.H. GR bis 16.10.15 an DSS
Biel, 12.10.15

Anhang Nr. 6

Réponse

au postulat urgent 20150296, (Hervé Treu) Dana Augsburger-Brom, PSR, «Soutien financier à la Main tendue»

Il est demandé au Conseil municipal de soutenir la Main tendue avec une participation de 10 000 fr. par an, si possible couplée avec un contrat de prestations de quatre ans.

Le 31 juillet 2014, la Main tendue a adressé une demande de subvention pour 2015 au Conseil municipal. Ce dernier a rejeté la demande par arrêté du 15 octobre 2014 et informé cette institution de sa décision et de ses motifs.

Il est incontestable que l'institution de la Main tendue soulage les personnes dans le besoin. Au moment d'octroyer une subvention à ce genre d'institution, le Conseil municipal doit toujours examiner à quel secteur d'activités l'offre doit être attribuée et de la compétence de qui elle relève. L'offre de la Main tendue s'inscrit clairement dans le domaine des prestations bénévoles. Un engagement supplémentaire du Conseil municipal au niveau des subventions n'est possible que si le poste budgétaire correspondant est augmenté.

Par arrêté du 15 octobre 2015, le Conseil de ville a refusé d'augmenter le budget 2016 en faveur d'un contrat de subventionnement avec la Main tendue. Suite au rejet dudit budget par les ayants droit au vote le 15 novembre 2015, le Conseil municipal a élaboré une nouvelle variante qui comprend une subvention de 10 000 fr. à la Main tendue, comme le demande la présente intervention. Il tient toutefois à souligner que l'inscription d'un montant dans le budget lui donne seulement la possibilité de supporter une dépense, mais n'entraîne aucune obligation pour la Ville de Bienne ou de droit pour l'institution, en ce qui concerne le versement de ce montant.

La Main tendue n'a actuellement pas déposé de demande pour que la Ville de Bienne la soutienne en 2016. Cependant, le Conseil municipal est disposé à examiner l'éventualité d'un soutien, si une demande justifiée et accompagnée des documents requis parvient à l'Administration municipale, comme c'est le cas pour toutes les institutions.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat urgent 20150296.

Bienne, le 6 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Le vice-chancelier:

Erich Fehr Julien Steiner

Annexe:
- Postulat urgent 20150296

Vorstoss Nr./Interv. no: 150296
Termin GR/Délai CM: 11.11.15
Direktion/Direction: DSS
Mitbericht/Corapport: + ID

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat
~~Motion~~ urgente pour un soutien financier

à la "MAIN TENDUE"
(Dargebotene Hand) (Tel. 143)

- La "Main tendue" est un service d'aide par écoute téléphonique 24h sur 24 et 365 jours sur 365.
- Par année ce sont en moyenne 12.000 entretiens téléphoniques qui arrivent au no 143.
- 40 bénévoles se relaient pour assurer une permanence jour et nuit, dans un total anonymat et une totale discrétion.
- La durée de l'appel n'est pas limitée.
- Les appels proviennent de personnes généralement isolées, socialement en difficulté ou en détresse psychologique.
- Et, en plus, la Main Tendue est, mis à part les services d'urgence hospitaliers ou téléphoniques habituels, un acteur très important et toujours atteignable dans le Réseau de prise en charge des citoyens, et cela à un moindre prix !
- Ce service d'aide a 50 ans d'âge. En reconnaissance il recevait depuis le début des années 2000 et jusqu'en 2013 une aide de la Ville de Bienne de 10.000 fr, supprimée dès 2014.
- Le fonds de réserve, qui ne couvre qu'un peu plus d'1 année de fonctionnement, est hélas souvent invoqué comme argument pour refuser toute aide. Or ce refus est bien sûr ressenti par les bénévoles qui s'engagent comme une non-reconnaissance de leur dévouement.

* * * * * * * * *

Pour encourager les bénévoles qui sont au service de la population de bien vouloir continuer leur engagement, nous estimons que la Ville de Bienne a le DEVOIR MORAL de soutenir financièrement cette institution par une participation de 10.000 fr par année couplée à un contrat de prestation de 4 ans.

Hervé Treu, le 24 septembre 2015.

PS

Direktion Soziales und Sicherheit
An DSS
☐ zur Kenntnis
☐ zur Erledigung
☐ zur Stellungnahme bis
☒ Bericht und Antrag z.H. GR bis 14.10.15 an DSS
Biel, 12.10.15 DSS

Anhang Nr. 7

Réponse

à la motion urgente, 20150336, Glenda Gonzalez, Groupe socialiste, «Adapter le nombre de places disponibles en classes d'accueil à Bienne»

L'intervenante au Conseil municipal de prendre des mesures permettant de scolariser de manière adaptée les enfants et les jeunes nouvellement arrivés dont les connaissances linguistiques sont insuffisantes. À cet effet, il convient de créer les places nécessaires dans les structures d'accueil.

À Bienne, les enfants récemment arrivés qui n'ont pas ou que très peu de connaissances de français ou d'allemand fréquentent ce que l'on appelle les structures d'accueil. Elles ont pour objectif principal de préparer linguistiquement et culturellement ces élèves (pour ce qui est par exemple de la ponctualité et des contraintes, des rapports au travail et en société, des devoirs scolaires), afin qu'ils soient ensuite capables de suivre correctement l'enseignement dispensé dans les classes régulières et que leur intégration soit réussie.

L'enseignement a lieu en matinée durant les horaires blocs scolaires. L'après-midi, les enfants fréquentent en général les écoles à journée continue. Habituellement, un enfant reste entre six et neuf mois dans la structure d'accueil, un an au maximum. Le passage vers sa future classe régulière fait l'objet d'une planification soigneuse et intervient progressivement. De cette manière, les élèves profitent déjà tôt d'une intégration partielle dans les classes régulières et dans le quotidien scolaire conventionnel.

Actuellement, Bienne possède quatre structures d'accueil pour les deux langues (français et allemand); une au niveau primaire (3H à 8H) et une au niveau secondaire (9H à 11H). Dans l'idéal, la taille des groupes n'excède pas douze enfants, ce qui correspond à la taille des classes spéciales. Les enfants en âge de fréquenter l'école enfantine y entrent directement, sans passer par la structure d'accueil.

Les derniers mois de l'année 2015 ont enregistré une forte hausse du nombre d'enfants dans les structures d'accueil. Le 1er décembre 2015, l'effectif des classes germanophones était de 28 élèves au degré primaire et de 22 au degré secondaire. Cette évolution lors de la nouvelle année scolaire s'explique par le nombre important d'enfants réfugiés en provenance de Syrie ou d'Afghanistan généralement scolarisés en allemand.

L'effectif des classes francophones était de treize élèves au degré primaire et de 21 au degré secondaire. Au premier semestre 2015 surtout, une très forte augmentation des effectifs a touché les structures francophones, principalement en raison du regroupement familial en provenance des pays du Sud de l'Europe.

Les possibilités d'accueillir d'autres enfants dans les structures actuelles, par exemple en élargissant les groupes, en raccourcissant la durée de fréquentation et en scolarisant à l'école enfantine des enfants en âge d'entrer en 3H, sont désormais épuisées.

La situation précaire a forcé la Direction de la formation, de la culture et du sport à adresser par la voie hiérarchique à la Direction de l'instruction publique du Canton de Berne une demande pour l'ouverture de deux classes d'accueil supplémentaires; l'une au degré primaire et l'autre au degré secondaire, soit une demande pour 44 leçons hebdomadaires. Dans un courrier informel du 14 décembre 2015, la Direction de l'instruction publique garantit ces 44 leçons supplémentaires du 1er février 2016 au 31 juillet 2016 pour l'ouverture de deux

classes d'accueil en raison de la forte augmentation des élèves issus de l'asile. Les enfants réfugiés en provenance de Syrie ou d'Afghanistan étant généralement scolarisés en allemand, les leçons accordées viendront décharger les structures germanophones. Lorsque la présente réponse a été rédigée l'autorisation écrite était encore en pendante.

D'ici au 1er février 2016, l'augmentation des effectifs pourra être palliée grâce à 50 leçons SOS pour chacun des deux degrés (à titre unique et non hebdomadaire) accordées par l'inspectrice scolaire.

La Ville de Bienne doit avancer une partie des coûts des 44 leçons hebdomadaires que le Canton lui remboursera ensuite intégralement. En revanche, la Ville de Bienne est responsable des locaux et du matériel scolaire. Les coûts y afférents peuvent être portés au budget courant. Les classes supplémentaires accordées seront implantées sur les sites actuels: une salle des médias et les locaux de l'école à journée continue seront utilisés.

Au vu du contexte géopolitique, il est à prévoir que le flux des migrantes et migrants vers Bienne ne diminue pas prochainement. C'est pourquoi, nous devons nous attendre à une nouvelle augmentation du nombre des enfants en âge d'être scolarisés issu de régions en crise. Si tel devait être le cas, il conviendrait de trouver de nouvelles solutions, en particulier pour ce qui est des locaux scolaires.

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville, d'adopter la motion urgente 20150336, «Adapter le nombre de places disponibles en classes d'accueil à Bienne», et de la radier du rôle comme étant réalisée.

Bienne, le 13 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire : La chancelière municipale:

Erich Fehr Barbara Labbé

Annexe : motion urgente 20150336

Vorstoss Nr./Interv. no: 150336
Termin / Date GM: 13.1.2016
Direktion/Direction: BKS
Mitbericht/Corapport: FiD

Motion urgente

Adapter le nombre de places disponibles en classes d'accueil à Bienne

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

1. Au regard de la situation scolaire actuelle en ville de Bienne et à l'arrivée importante d'enfants et jeunes en âge de scolarité durant l'année en cours et qui se poursuit, le conseil municipal est prié de prendre les mesures utiles afin d'adapter l'offre en conséquence et d'ouvrir les classes d'accueil qui seraient nécessaires.

Justification :
L'article 19 de la Constitution fédérale de la Confédération suisse du 18 avril 1999 (Cst. ;RS 101) garantit à tous les enfants le droit à un enseignement de base suffisant et gratuit (voir aussi art.29, al.2 de la Constitution du canton de Berne du 6 juin 1993). L'article 62, alinéa 2, 2e phrase Cst. définit également cet enseignement comme obligatoire fixant ainsi le principe de la scolarité obligatoire.

Quel que soit leur statut de séjour, tous les enfants et les jeunes en âge de scolarité vivant en Suisse ont, de ce fait, le droit et le devoir de fréquenter l'école obligatoire.

Les nombreux foyers de conflit ont conduit à une augmentation du nombre de requérants d'asile en Suisse en 2014. Le taux de reconnaissance de la qualité de réfugié en 2014 est aussi bien supérieur à celui des trois années précédentes et le nombre de personnes admises provisoirement a plus que doublé par rapport à 2013. Cette tendance se poursuit en 2015 notamment depuis l'été à Bienne. La situation actuelle est exceptionnelle. Les arrivées importantes de familles issues du domaine de l'asile avec enfants en âge scolaire depuis l'été impose une analyse rapide de la situation et des mesures en conséquence afin d'assurer à ces enfants et jeunes en âge de scolarité une intégration dans le système scolaire dans les plus brefs délais, en accord avec la loi.

Il est impensable de scolariser tous les enfants arrivant en cours d'année dans des classes régulières notamment en raison des difficultés langagières et de la surcharge actuelle et à venir des effectifs.

Les classes d'accueil doivent maintenir des effectifs permettant une réelle prise en charge des élèves et une rapide acquisition de la langue afin d'intégrer les classes régulières à court terme.

Geht an: FAS
☐ zur Kenntnis
☐ zur Stellungnahme
☒ zum Antwortentwurf
☐ zur Erledigung
☒ zum Bericht
Frist bis: 14.12.15
Datum: 30.11.15
Der Direktionssekretär:

19.11.2015

Fraction socialiste

Glenda Gonzalez

Anhang Nr. 8

Beantwortung

der dringlichen überparteilichen Interpellation 20150337 Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, Dennis Briechle, Fraktion GLP, "Lügen der Budgetgegner und unverständliches Schweigen des Gemeinderates"

Mit dem vorliegend behandelten Vorstoss werden dem Gemeinderat im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Budget 2016 folgende Fragen unterbreitet:

1. Welche Aussagen von Budgetgegnern – und ev. von Befürwortern – beurteilt der Gemeinderat

a) Als falsch b) Als sehr problematisch c) Als problematisch

Es liegt in der Natur der Sache, dass im Rahmen eines Abstimmungskampfes Argumente zu den eigenen Gunsten eingesetzt oder gewisse Formulierungen bewusst unpräzise oder mehrdeutig genutzt werden. Dies mag für die jeweilige Gegenseite unangenehm sein und kann punktuell auch zu verzerrten Wahrnehmungen in der Bevölkerung führen. Dennoch gehört diese Erscheinung zu einer lebendigen Demokratie und muss bis zu einem gewissen Grad hingenommen werden. Unter späteren Punkten wird noch darauf einzugehen sein, wann eine Reaktion des Gemeinderates angezeigt sein könnte.

Dem Gemeinderat kommt aber keinesfalls die Rolle zu, Abstimmungsargumente von Pro- und/oder Kontra-Gruppen systematisch zu verifizieren und zu qualifizieren. Es kann deshalb auch nicht angehen, dass der Gemeinderat im Nachhinein eine entsprechende Beurteilung der Propagandainstrumente der Gegnerschaft im vorliegend interessierenden Abstimmungskampf vornimmt. Zudem sei daran erinnert, dass die Grenze zwischen richtig oder falsch nicht immer scharf gezogen werden kann und deshalb jede Einschätzung neue Meinungsverschiedenheiten nach sich ziehen kann.

2. Warum hat der Gemeinderat die Aussagen gemäss Ziffer 1a) und b) nicht richtig gestellt?

Der Gemeinderat führte am 4. November 2015 eine Aussprache über den Stand des Abstimmungskampfs zum Budget 2016. Der Gemeinderat kam zum Schluss, dass es sich vorliegend hauptsächlich um politische Polemik handelte, welche die freie Meinungsbildung nicht in unzulässigem Mass beeinflusst. Die Finanzdirektion wurde jedoch ermächtigt, falsche Behauptungen auf entsprechende Fragen von Dritten jederzeit, auch kurz vor der Abstimmung, richtigzustellen.

Das Bundesgericht hält in diesem Zusammenhang fest, dass auch private Informationen im Vorfeld von Sachabstimmungen in unzulässiger Weise die Willensbildung der Stimmbürger beeinflussen können. Die Verwendung von falschen und irreführenden Angaben im Abstimmungskampf lassen sich nicht völlig ausschliessen und ist in gewissem Mass in Kauf zu nehmen. Die Teilnahme von Einwohnerinnen und Einwohnern, Parteien, Abstimmungskomitees und anderen privaten Personengruppen an der Meinungsbildung ist grundsätzlich uneingeschränkt zulässig, deren Äusserungen stehen unter Meinungsäusserungs- und Pressefreiheit. Den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern darf zugetraut werden, zwischen den verschiedenen bekundeten Meinungen zu unterscheiden, offensichtliche Übertreibungen als solche zu erkennen und sich aufgrund ihrer Überzeugungen zu

entscheiden (BGE 119 Ia 271). Vor diesem Hintergrund ging der Gemeinderat davon aus, dass jeder Versuch der "Richtigstellung" von der einen oder anderen Seite als unstatthafte behördliche Polemik qualifiziert und damit die Widersprüche lediglich verstärkt würden. Zusammengefasst hätte aus Sicht des Gemeinderates die gemäss Lehre und Rechtsprechung grundsätzlich erlaubte Richtigstellung von irreführenden Informationen im vorliegenden Fall zu noch mehr Unsicherheit geführt und damit ihre Wirkung verfehlt.

3. **Warum hat der Gemeinderat im Zeitpunkt des Versands der Abstimmungsunterlagen nicht (nochmals) eine Medienkonferenz durchgeführt? (vgl. Antwort Interpellation 20150111).**

Der Gemeinderat erachtete die Durchführung einer Medienkonferenz im Zeitpunkt des Versands der Abstimmungsunterlagen als nicht opportun, zumal im Vorfeld neben der ordentlichen Medieninformation den regionalen Zeitungen auch etliche entsprechende Berichterstattungen haben entnommen werden können. Eine zu diesem Zeitpunkt durchgeführte Pressekonferenz hätte dieselben Probleme aufgeworfen, wie jede andere Intervention in den Abstimmungskampf. Der Gemeinderat hat diese Haltung auch mit Blick auf die langjährige Rechtsprechung des Bundesgerichts eingenommen. Dieses auferlegt den Behörden bezüglich Interventionen im Abstimmungskampf grundsätzlich Zurückhaltung. Die Exekutive sei durchaus berechtigt, sich in der Phase der Ausarbeitung einer Vorlage ausserhalb des Vorfeldes eines Urnengangs in die politische Diskussion einzuschalten. Wenn sich jedoch der Zeitpunkt des Volksentscheides nähere, müsse sich die Regierung grundsätzlich jeder Einflussnahme auf die Stimmbürgerschaft enthalten (nebst vieler BGE 121 I 252). Das Bundesgericht hat zudem eine Intervention der Behörden im Abstimmungskampf über eigene Vorlagen nur als Ausnahme zugelassen (BGE 112 Ia 336).

4. **Ist der Gemeinderat bereit, seine bisherige Praxis zu überdenken und zu ändern?**

Der Gemeinderat sieht unter Verweis auf die Ausführungen zu Frage 3 keine Veranlassung, seine bisherige Praxis anzupassen. Es gilt aber in jedem Einzelfall eine sorgfältige Interessenabwägung vorzunehmen und bei krass tatsachenwidrigen Behauptungen einer Gruppe oder Person in einem Abstimmungskampf kann eine kurze und sachliche Richtigstellung durch den Gemeinderat angezeigt sein. In jedem Fall sollten aber primär die politischen Gegner reagieren und ihre Haltung darlegen und nicht nach einer Intervention des Gemeinderates verlangen. Das Führen von Abstimmungskämpfen ist eine genuine Aufgabe von Parteien und Interessengruppen.

5. **Warum hat der Stadtpräsident sich nicht an der öffentlichen Debatte beteiligt (trotz Angebot zum Beispiel in Zeitungsartikeln zu Wort zu kommen)?**

Die Vorbereitung und Ausarbeitung des jährlichen Budgets liegt im Aufgabenbereich, der Finanzdirektion, welche damit auch die Federführung für die mit dem jährlichen Budget verbundenen Geschäfte innehat. Damit einher geht auch, dass jeweils die Finanzdirektorin zuständig für die Kommunikation bezüglich des Budgets resp. damit verbundener Fragen zeichnet.

Biel, 20. Januar 2016

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:

Julien Steiner

Beilage:
- Interpellation 20150337

Vorstoss Nr./Interv. no: 150337
Termin GR/Délai CM: 13.1.2016
Direktion/Direction: FID
Mitbericht/Corapport: PRA/STK

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Dringliche überfraktionelle Interpellation

„Lügen der Budgetgegner und unverständliches Schweigen des Gemeinderates"

Im Zusammenhang mit der Abstimmung zum Budget 16 werden folgende Fragen gestellt:

1. Welche Aussagen von Budgetgegner - und ev. von Befürwortern - beurteilt der Gemeinderat a) Als falsch b) Als sehr problematisch c) Als problematisch
2. Warum hat der Gemeinderat die Aussagen gemäss Ziffer 1 a) und b) nicht richtig gestellt?
3. Warum hat der Gemeinderat im Zeitpunkt der Versand der Abstimmungsunterlagen nicht (nochmals) eine Medienkonferenz durchgeführt? (vgl. Antwort Interpellation 20150111)
4. Ist der Gemeinderat bereit, seine bisherige Praxis zu überdenken und zu ändern?
5. Warum hat der Stadtpräsident sich nicht an der öffentlichen Debatte beteiligt (trotz Angebot zum Beispiel in Zeitungsartikeln zu Wort zu kommen)?

Begründung:

Im Rahmen der (kurzen) Kampagne betreffend Budget 2016 wurden diverse falsche und irreführenden Aussagen gemacht, dies anlässlich der Medienkonferenz vom 30.10.15 und insbesondere im Flugblatt von „Biel für alle" und in der „SP-Zytig", welche beide in alle Haushalte verteilt wurden. Es wurde nur von Abbau gesprochen, nicht aber dass die kulturellen Institutionen 2016 nicht weniger als 610'000 Franken mehr erhalten, dass die Investitionen von 20 auf 40 Millionen erhöht werden - und der Gewerkschaftsbund 60 % mehr Subventionen erhält.

Wohl versuchten die Budgetbefürworter – immerhin 10 Parteien - im Rahmen von Leserbriefen, Flyern, Inseraten und Medienkonferenzen (vom 30.10. und 3.11.15) gewisse Aussagen richtigzustellen. Die anschliessende Medienberichterstattung nahm die Gegenargumente und Kritik, bzw. Richtigstellungen nicht, bzw. nur teilweise auf. Auch wurden damit nicht alle Haushalte erreicht.

Der Gemeinderat als Behörde verharrte in Untätigkeit. Auf eine Mailfanfrage durch des Erstunterzeichners beim Stadtpräsidenten und der Finanzdirektorin vom Freitag 6.11.15, wann der Gemeinderat im Rahmen *„der Fehl- und Falschinformation durch die Budgetgegner – insb. Biel für Alle, aber auch SP Zeitung – (endlich) sein Korrekturrecht und auch Korrekturpflicht wahrnimmt?"* wurde mit Mail vom 9.11.15 wie folgt geantwortet: Der Gemeinderat habe die angesprochene Problematik behandelt. *„Nach durchgeführter Würdigung sämtlicher wesentlicher Faktoren ist er zum Schluss gekommen, dass keine Veranlassung besteht, um seitens der Exekutive aktiv im Abstimmungskampf zu intervenieren."*

Für uns ist die Nichtkommunikation, bzw. das Schweigen des Gemeinderates nicht nachvollziehbar. Wohl ist Zurückhaltung, insb. gestützt auf Artikel 34 Bundesverfassung angezeigt, doch ergibt sich eine Pflicht zur Richtigstellung bei Falschinformationen (vgl. auch Interpellationsantwort 2015111), oder beim Vorliegen von triftigen Gründen (vgl. u. A. Dr. iur. Andreas Baumann, Rechtsregeln für die Information der Öffentlichkeit durch Behörden, Aarau Juni 2005).

Wenn in allen Haushalt Aussagen deponiert werden, wie *„Bei der Kultur wird bereits seit Jahren gekürzt. Dieses Mal trifft es vor allem die grossen Institutionen TOBS und Neues Museum Biel..."*, oder *„schulische Aktivitäten wie das Skilager werden gestrichen."* (beides Flyer Biel für alle). Oder SP-Zytig: *„Abschaffung Skilager/Einleitung, bzw. Steinmann"* oder der Tierschutzverein unter den gefährdeten Vereinen aufgeführt wird, obwohl er die verlangten Subventionen erhält (dank Stadtratsbeschluss, entgegen Gemeinderat). Aussergewöhnlich war bei dieser Abstimmungskampagne auch, dass Budgetabstimmung 2016, Beschlüsse im Rahmen früherer Sparmassnahmen und Massnahmen NHS sowie allfällige zukünftige Beschlüsse (TOBS, NMB und Bibliothek) von Gegner vermischt und falsch verwendet wurden.

In diesem Zusammenhang, aber auch in Hinblick auf die kommenden Abstimmungen - auch zum Budget -, interessiert uns die Beantwortung der eingangs gestellten Fragen.

Dass auch aus Sicht des Gemeinderates ein Problem bestand, wurde mit Mail vom 9.11.15 bestätigt.

Biel, 19. 11.2015

Peter Bohnenblust, FDP
Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU

Andreas Sutter, BVP
Fraktion BVP/BDP/CVP

Denis Briechle, GLP
Fraktion GLP

Anhang Nr. 9

Beantwortung

der überparteilichen Motion 20150257, Max Wiher, Fraktion GLP, Stefan Kaufmann, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, «Effizientere Parlamentsdebatten»

Die Motion 20150257 verlangt, Art. 48 der Geschäftsordnung des Stadtrates (SGR 151.21) in dem Sinne zu verändern, dass:

1. zum gleichen Sachverhalt nur noch einmal statt bisher zweimal gesprochen werden darf (Art. 48 Abs. 3 neu);
2. die Redezeit der Sprechenden der Fraktionen sowie der übrigen Stadtratsmitglieder, die Anträge unterbreiten, statt auf 10 Minuten auf 5 Minuten und diejenige der übrigen Rednerinnen und Redner statt auf 5 Minuten neu auf 3 Minuten festgelegt wird (Art. 48 Abs. 4 neu);
3. die Redezeit der Mitglieder des Gemeinderates, der vorberatenden Kommissionen und der Kommissionen, denen ein spezielles Mandat auferlegt worden ist, statt auf 15 Minuten neu auf 10 Minuten begrenzt wird sowie
4. neu zu Interpellationen nur noch die Urheberin oder der Urheber derselben für maximal 5 Minuten und der Gemeinderat für maximal 10 Minuten sprechen können (neuer Art. 48 Abs. 6, der bisherige Abs. 6 würde neu zu Abs. 7).

Zur Begründung wird angeführt, dass mittels kürzerer Redezeiten der Parlamentsbetrieb effizienter werde, ohne dass die Demokratie darunter leide. Ähnlich lautende Vorschriften im Grossen Rat des Kantons Bern hätten sich bewährt.

Das Stadtratsbüro (SRB) begrüsst die Initiative der Motionäre, den Parlamentsbetrieb effizienter gestalten zu wollen, stellt sich allerdings die Frage, ob dies mittels der vorgeschlagenen Verkürzungen der Redezeit erreicht werden kann. Im Vergleich zu anderen Städten weist die Stadt Biel keinen übermässig grossen Geschäftsüberhang auf. Tatsache ist, dass in letzter Zeit diverse Stadtratsgeschäfte mit grosser politischer Bedeutung (u.a. Massnahmen NHS, Volksvorlagen) im Stadtrat prioritär zu behandeln waren und dadurch insbesondere die Behandlung der Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen aufgeschoben werden musste. Aus Sicht des SRB ist die Ursache der langen Parlamentsdebatten oder des Geschäftsüberhanges aber weniger in den nach Ansicht der Motionäre überlangen Redezeiten zu suchen, sondern vielmehr darin, dass die Rededisziplin innerhalb der Fraktionen und Parteien wenig entwickelt ist. Das SRB geht mit den Motionären darin einig, dass «in der Kürze die Würze» liegt. Dieser Grundsatz wäre aber ungeachtet der maximalen vorgeschriebenen Redezeiten von allen Parlamentsmitgliedern und dem Gemeinderat zu beachten. Insofern ist es an den Fraktionen und Parteien, für ihre Voten anlässlich der Fraktions- und/oder Parteisitzungen eine Vertretung zu bestimmen und diese zu mandatieren, die Fraktions- oder Parteimeinungen entsprechend den geführten Diskussionen und getroffenen Entscheiden wiederzugeben. Stetiges Wiederholen derselben Argumente, persönliche Angriffe oder der Austausch persönlicher Erfahrungen durch andere als die Fraktions- oder Parteisprechenden tragen nicht wirklich zu einer effizienteren Behandlung der Sachgeschäfte im Stadtrat bei, obwohl sie zugegebenermassen öffentlichkeitswirksam sind. Das SRB weist im Übrigen darauf hin, dass 2016 eine Totalrevision der Geschäftsordnung geplant ist, diese zwingenderweise aber mit der gleichzeitig anstehenden Revision der Stadtordnung koordiniert werden muss.

Im Einzelnen sieht die Haltung des SRB zu den einzelnen eingangs aufgeführten Anliegen der Motionäre daher wie folgt aus:

1. Aus Sicht des SRB ist es nicht zielführend den Stadtratsmitgliedern vorzuschreiben, dass sie das Wort zum gleichen Sachverhalt nur noch einmal ergreifen können. Nach Ansicht des SRB, aber auch des Gemeinderates, ist es durchaus sinnvoll, wenn sich die Stadtrats-und Gemeinderatsmitglieder zu neuen Argumenten und/oder Tatsachen noch einmal äussern können, diese erwidern oder gar berichtigen können. Die Mitglieder lehnen deshalb das Anliegen gemäss obiger Ziffer 1 ab.
2. Einer Verkürzung der generellen Redezeit für Stadtratsmitglieder können die Mitglieder des SRB aber durchaus etwas abgewinnen und sie befürworten diese.
3. Gleiches gilt für die Verkürzung der Redezeit für Mitglieder des Gemeinderates, der vorberatenden Kommissionen und der Kommissionen, denen ein spezielles Mandat auferlegt worden ist. Allerdings ist aus Sicht des SRB ein Vorbehalt für komplexe Sachgeschäfte anzubringen: diesfalls ist die Bestimmung nur mit Zurückhaltung anzuwenden. Diskutiert wird in diesem Fall die Möglichkeit, notwendigerweise längere Voten beim Stadtratspräsidenten anzukündigen und sich diese gestützt auf die Bestimmung des heutigen Art. 48 Absatz 6 GO genehmigen zu lassen.
4. Das SRB sieht die von den Motionären gewünschte Einschränkung, dass nur noch die Urhebenden der Interpellation das Wort ergreifen dürfen kritisch. Es ist zwar auch nach Ansicht des SRB so, dass viele in Interpellationen aufgeworfene Fragen wenig oder kaum Diskussionsbedarf erfordern und dass es oftmals mehr Sinn gemacht hätte, die aufgeworfenen Fragen direkt mit der zuständigen Verwaltungseinheit zu klären. Dennoch dienen gerade die auf Basis von Interpellationen geführten politischen Diskussionen im Stadtrat oftmals als Barometer für die aktuelle politische Stimmungslage, die es ernst zu nehmen gilt. Auch hier sollten die Fraktionen/Parteien an die Stadtratsmitglieder appellieren, dieses Instrument nicht zu missbrauchen. Gegen eine Verkürzung der Redezeit der Urhebenden der Interpellation oder des Gemeinderates hat das SRB nichts einzuwenden. Nach Diskussion lehnt das SRB die von den Motionären beantragte Änderung, dass der Urhebende der Interpellation das Wort nur noch einmal ergreifen darf ab. Es befürwortet aber die beantragten verkürzten Redezeiten für InterpellatInnen und Gemeinderat.

Zusammenfassend machen nach Ansicht des SRB einzelne der beantragten Änderungen der GO durchaus Sinn. Sie sollten dieses Jahr in die Arbeiten für eine neue GO einfliessen und sorgfältig geprüft werden. Das SRB beantragt daher dem Stadtrat, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses erheblich zu erklären.

Biel, 5. Januar 2016

Namens des Stadtratsbüros

Der Stadtratspräsident: Die Ratssekretärin:

Werner Hadorn Regula Klemmer

Beilage:
- Kopie der überparteilichem Motion 20150257

Vorstoss Nr./Interv. no: 150257
Datum/Date: 16.12.2015
Direktion/Direction: SRB
Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Überparteiliche Motion

Effizientere Parlamentsdebatten

Das Stadtratsbüro wird beauftragt, den Artikel 48 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel/Bienne in folgenden Punkten zu ändern:

1) Art. 48, 3:

Neu Zum gleichen Sachverhalt darf nur einmal gesprochen werden. Ausgenommen davon ist die Urheberin oder der Urheber eines Vorstosses, welche/r zweimal sprechen darf.

Bisher Zum gleichen Sachverhalt darf nur zweimal gesprochen werden.

2) Art. 48, 4:

Neu Die Redezeit der Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen sowie jene der Stadtratsmitglieder, die Anträge unterbreiten, ist auf 5 Minuten begrenzt. Für die übrigen Rednerinnen und Redner beträgt die Interventionszeit 3 Minuten.

Bisher Die Redezeit der Sprecher und Sprecherinnen der Fraktionen sowie jene der Stadtratsmitglieder, die Anträge unterbreiten, ist auf 10 Minuten begrenzt. Für die übrigen Redner und Rednerinnen beträgt die Interventionszeit 5 Minuten.

3) Art. 48, 5:

Neu Die Redezeit der Mitglieder des Gemeinderates, der vorberatenden Kommissionen und der Kommissionen, denen ein spezielles Mandat auferlegt worden ist, beträgt 10 Minuten.

Bisher Die Redezeit der Mitglieder des Gemeinderates, der vorberatenden Kommissionen und der Kommissionen, denen ein spezielles Mandat auferlegt worden ist, beträgt 15 Minuten.

4) Art. 48, 6:

Neu Zu Interpellationen sprechen nur die Interpellantin oder der Interpellant, (max. 5 Minuten) und die Mitglieder des Gemeinderates (max. 10 Minuten).

5) Art. 48, 7:

Falls der neue Artikel 48, 6 angenommen wird,
wird der bisherige Artikel 48, 6 neu als Artikel 48, 7 aufgeführt.

Die Präsidentin oder der Präsident entscheidet über Ausnahmen.

Begründung:

Die letzten Stadtratsdebatten haben gezeigt, dass durch kürzere Redezeiten, der Parlamentsbetrieb effizienter wird und die Demokratie keinesfalls darunter leidet – in der Kürze liegt die Würze.

Auch im Grossen Rat des Kantons Bern, wurden die Redezeiten verkürzt und Interpellationen werden nur noch schriftlich beantwortet und nicht mehr im Rat behandelt – das hat sich bestens bewährt. Soweit wollen die Motionäre bei der Interpellation aber nicht gehen und schlagen deshalb die oben genannte Variante vor.

Biel, 19. August 2015

Max Wiher
Fraktion glp

Stefan Kaufmann
Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU

Andreas Sutter
Fraktion BVP/CVP/BDP

Anhang Nr. 10

Beantwortung

des überparteilichen Postulates 20150261, Pascal Bord, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Reto Gugger, Fraktion BVP/CVP/BDP, Leonhard Cadetg, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Nathan Güntensperger, Fraktion GLP "Für eine aufgabengerechte Übernahme der indirekten Kosten durch die Abteilungen, welche gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen"

Mit dem vorliegend behandelten Vorstoss wird dem Gemeinderat das Anliegen zum Thema einer gerechten Übernahme von indirekten Kosten durch die Abteilungen, welche gemäss kantonalem Recht Leistungen von den zentralen Diensten beziehen, unterbreitet.

Im Rahmen der Einführung von HRM2 wird von der Finanzdirektion aktuell das Teilprojekt "Interne Leistungsverrechnung" bearbeitet. Dieses hat primär zum Ziel, die heutigen Werteflüsse - also die verursachergerechte Zuordnung der Kosten- und Erträge auf Kostenstellen und Profitcenter – transparent und nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu gestalten. Anschliessend sollen diese Anpassungen – soweit technisch und organisatorisch mit einem verhältnismässigen Aufwand-/ Nutzenverhältnis umsetzbar - in den Finanzsystemen (SAP, sowie vor- und nachgelagerte Systeme) implementiert werden. Auf Grund des derzeitigen Arbeitsstandes wird davon ausgegangen, dass eine Umsetzung im Rechnungsjahr realistisch ist.

Bereits zum heutigen Zeitpunkt muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass es – mit vernünftigen Aufwand – nicht möglich sein wird, jeden Betrag vollständig verursachergerecht zuzuordnen, insbesondere was die Abgeltungen aus dem FILAG anbetrifft. Hier handelt es sich um Pauschalabgeltungen. Diese mit einem selbst entwickelten, aufwändigen Verrechnungsmodell intern zu verteilen wäre technisch möglich, aber wenig sinnvoll und würde vermehrte Ressourcen fordern. Grenze würde hierbei die Finanzstatistik des Kantons (FINSTA) bilden, welche inhaltlich keine "Verfälschungen" erleiden darf.

Schliesslich sei auf die entsprechenden kantonalrechtlichen Grundlagen wie folgt hingewiesen:

SHG (Sozialhilfegesetz) Art. 80:
Aufwand der Gemeinden
1. Grundsatz
Lastenausgleichsberechtigt sind folgende Aufwendungen der Gemeinden:

a ...

b die anrechenbaren Besoldungs- und Weiterbildungsaufwendungen für das Fach- und Administrativpersonal der Sozialdienste im Bereich der individuellen Sozialhilfe und der Aufgaben gemäss der besonderen Gesetzgebung

c die Besoldungsaufwendungen für die Praktikantinnen und Praktikanten in den Sozialdiensten

ZAV[1], Art. 8, Abs. 2:
Die Festlegung der Anzahl Stellen und der Pauschalen erfolgt grundsätzlich nach den gleichen Regeln wie die Festlegung der lastenausgleichsberechtigten Besoldungs- und Weiterbildungsaufwendungen der Gemeinden für das im Bereich der individuellen Sozialhilfe benötigte Fach- und Administrativpersonal. Soweit diese Verordnung keine Regelung enthält, finden die entsprechenden Vorschriften der SHV ergänzend und sinngemäss Anwendung.

---

1 Verordnung über die Zusammenarbeit der kommunalen Dienste mit den Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden und die Abgeltung der den Gemeinden anfallenden Aufwendungen

Daraus geht hervor, dass die Kosten für Infrastruktur nicht lastenausgleichsberechtigt sind und somit nicht via Lastenausgleich (FILAG) abgerechnet werden können.

Im Sinne der vorangehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20150261 erheblich zu erklären.

Biel, 6. Januar 2016

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage: überparteiliches Postulat 20150261

Vorstoss Nr./Interv. no: 150261
Termin AR/Délai CM: 16.12.2015
Direktion/Direction: FIO
Mitbericht/Corapport: DSS, PRA

Postulat
~~MOTION~~ INTERPARTI

19.08.2015

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Pour une juste prise en charge des coûts indirects par les départements « clients » des services centraux selon la loi cantonale

1. Thème de la motion

La Ville de Bienne a décidé par soucis d'efficacité de centraliser certaines tâches. Ces dernières doivent être considérées comme fonctions de conduites et administratives directement liées aux départements concernés.

La motion exige que ces coûts indirects en personnel soient comptabilisés distinctement et imputés aux départements concernés, comptabilisés dans le cadre des postes financés par le canton (LPFC), dans la partie administration et conduite.

2. Introduction

Les postes financés par le Canton, via la LPFC (FILAG), comme p. ex. Affaires sociales et Protection de l'adulte et de l'enfant occasionnent environ 30% de frais indirects fournis par les services centraux de la Ville : loyer, informatique, ressources humaines, finances (LPFC , encaissement) et autres. Hormis le loyer et les frais de matériel, les autres coûts (personnel) doivent pouvoir être imputés au compte LPFC.

3. Situation actuelle

Selon nos informations, les fonds cantonaux attribués à la Ville sont plus importants que les besoins. Une partie de la manne cantonale n'a pas pu être utilisée directement par les départements concernés, et/ou des postes supplémentaires non prévus par la norme cantonale ont été créés.

Les coûts indirects des départements transversaux n'étant eux pas été couverts. Actuellement, avant la réelle mise en oeuvre de la motion du GC (voir point 4) et sa zone grise, les montants non utilisés restaient dans les caisses de la Ville, ce qui ne sera plus possible à l'avenir.

4. Nouvellement : motion Grivel – Müller (acceptée par le Grand Conseil)

La motion demande que le financement cantonal ne prenne en charge uniquement les frais liés. Exemple du domaine social, applicable par analogie aux autres domaines financés par la LPFC.

Selon le conseil exécutif :
http://www.gr.be.ch/etc/designs/gr/media.cdwsbinary.DOKUMENTE.acq/e77c9b5cad2a419b976cd0d88a317304-332/9/PDF/2014.RRGR.1203-Vorstossantwort-F-101360.pdf

<<Conformément à l'article 80, lettres b et c de la loi sur l'aide sociale (LASoc), les frais de traitement et de perfectionnement du personnel spécialisé et du personnel administratif employé par les services sociaux, ainsi qu'une part du travail de direction, peuvent être imputés à la compensation des charges de l'aide sociale. Le coût est ainsi assumé solidairement par le canton et les communes. Bien qu'il ait fait ses preuves, ce régime de financement requiert d'être mis à jour, d'autant que sa complexité s'est encore accrue suite à l'introduction du nouveau droit de la protection de l'enfant et de l'adulte. Une révision de l'OASoc est suffisante pour faire ces adaptations.

Le canton verse à tous les services sociaux un forfait par poste à plein temps de personnel spécialisé ou administratif qui dépend du nombre de cas traités. Les communes disposent d'une certaine marge de manoeuvre, selon leur système salarial ou la structure d'âge de leur personnel. Beaucoup utilisent cette latitude pour doter le service social de ressources supplémentaires, certaines à d'autres fins. >>

5. But

Ainsi, conformément à la loi cantonale, la Ville peut allouer les coûts liés aux domaines soumis à la LPFC et ne pas porter seule injustement elle-même ses coûts, permettant de consacrer ses ressources financières propres aux domaines qui sont de sa responsabilité.

Cette motion va dans la direction du projet du municipal visant une plus grande transparence financière en affectant les charges aux départements qui les génèrent, comme c'est déjà le cas dans le domaine des postes de travail informatique.

Pascal Bord	Reto Gugger	Leonhard Cadetg	Nathan Güntensperger
UDC/les Confédérés	BVP/CVP/BDP	FDP/PRR/EVP/EDU	PLP

Anhang Nr. 11

Beantwortung

des Postulats 20150301, Reto Gugger, BDP, Marcel Morandi, BDP, Andreas Sutter BDP, "Nachhaltige Entlastung des Geyisriedwegs vom Schwerverkehr"

Die Postulanten fordern den Gemeinderat auf, eine pragmatische Lösung für die nachhaltige Entlastung des Geyisriedwegs und der Büttenbergstrasse vom Schwerverkehr zu finden.

Sie verlangen konkret, dass die Umwandlung der im Rahmen der A5 erstellten Baupiste in eine öffentliche Strasse sowie deren Finanzierung erneut umfassend geprüft werden.

Der Gemeinderat teilt die Ansicht der Postulanten, dass in Absprache mit allen betroffenen Partnern eine Lösung gefunden werden muss.

Im Bewusstsein, dass die Stadt Biel allein dieses Problem nicht lösen kann, hat der Gemeinderat ausserdem in der Vergangenheit schon einmal Kontakt mit den Behörden von Safnern und dem Betreiber der Kiesgrube aufgenommen. Die von den Postulanten vorgeschlagene Erhaltung der Baupiste ist eine der verschiedenen Optionen, die bisher in Betracht gezogen worden sind.

Die Möglichkeit, eine neue Strasse durch den Wald zu bauen, muss sowohl in Bezug auf rechtliche, wie auch auf finanzielle Aspekte umfassend geprüft werden. Der Bau einer neuen Strasse durch den Wald erfordert eine Rodungsbewilligung. Eine solche Bewilligung wird nur dann ausgestellt, wenn die vorliegenden Interessen gegenüber denjenigen des Waldes überwiegen und wenn keine Alternative zur Rodung besteht. Den Gefahren für die Umwelt und dem Natur- und Landschaftsschutz ist ebenfalls Rechnung zu tragen. Es ist deshalb nicht sicher, ob im vorliegenden Fall eine Rodungsbewilligung erwirkt werden kann. Aus finanzieller Sicht muss das Kosten-/Nutzenverhältnis geprüft werden, das jedoch ungünstig ausfallen könnte.

Allerding ist die befürwortete Lösung nur eine der Möglichkeiten, die es zu prüfen gilt, um auf der genannten Strasse eine Entlastung herbeizuführen.

Der Gemeinderat ist bereit, die verlangte Analyse in Zusammenarbeit mit den von den Postulanten genannten Partnern durchzuführen.

Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat, das Postulat 20150301 erheblich zu erklären.

Biel, 9. Dezember 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:

Erich Fehr

Der Vize-Stadtschreiber:

Julien Steiner

Beilage:
- Postulat 20150301

Vorstoss Nr./Interv. no: 150301
Termin GR/Délai CM: 27.1.2016
Direktion/Direction: BPU
Mitbericht/Corapport: PLA

BVP / PPB CVP / PDC BDP / PBD

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Postulat

Nachhaltige Entlastung des Geyisriedwegs vom Schwerverkehr

Der Gemeinderat wird darum gebeten, gemeinsam mit

- den Gemeinden Orpund und Safnern
- der Vigier Beton Seeland Jura AG
- dem Bundesamt für Umwelt (BUFA) sowie
- dem Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR)

eine pragmatische Lösung zur nachhaltigen Entlastung des Geyisriedwegs und der Büttenbergstrasse vom Schwerverkehr zu finden. Dabei soll auch der Ausbau der ehemaligen LKW-Transportpiste Orpund der A5-Baustelle in eine vollwertige öffentliche Strasse[1] und deren Finanzierung erneut geprüft werden.

Begründung:

- Die derzeitige Situation mit dem hohen LKW-Verkehrsaufkommen am Geyisriedweg und der Büttenbergstrasse ist für die Anwohner belastend. Lärm, Staub und heikle Verkehrssituationen zählen zur Tagesordnung.
- Gemäss nichtrepräsentativen Beobachtungen des fahrenden Verkehrs während mehrerer Werktage und eigenen Hochrechnungen scheint das im Rahmen des Bewilligungsverfahrens für die Überbauungsordnung "Kiesgrube Safnern" festgehaltene Fahrtenkontingent von 90'000 LKW-Fahrten derzeit überschritten zu werden.
- Die heute gebräuchliche Fahrstrecke ist für das Transportgewerbe ineffizient und zeitaufwändig, da eine hohe Kilometeranzahl innerorts absolviert werden muss. Ein direkterer Weg vom künftigen Autobahnanschluss Orpund zur Kiesgrube in Safnern wäre im Sinne der Transportunternehmen und dürfte nicht als Schikane empfunden werden.
- Seit der Einführung des Waldrodungsverbots im 19. Jahrhundert hat sich die Waldfläche erholt. Der Schweizer Gemeindeverband begrüsst darum in seiner Stellungnahme vom 10. Dezember 2012[2] eine Flexibilisierung der Waldflächenpolitik und des Rodungsersatzes. Somit dürften die Erfolgschancen des Ausbauprojekts der Transportpiste zu einer vollwertigen öffentlichen Strasse höher als noch vor 7 Jahren sein.

Biel, 24. September 2015

Reto Gugger Marcel Morandi

[1] Motion 20080077 Heidi Stöckli Schwarzen SP, "Verlagerung des Lastwagenverkehrs vom Geyisriedweg auf die Transportpiste Orpund"

[2] http://www.chgemeinden.ch/wAssets/docs/stellungnahmen/deutsch/Stellungnahmen-2012/Waldverordnung.pdf

Anhang Nr. 12

Beantwortung

des überparteilichen Postulates 20150302, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Christoph Grupp, Grüne, Dana Augsburger-Brom SP, Max Wiher, GLP, "Verkehrsberuhigung in der Hintergasse"

Das Postulat verlangt vom Gemeinderat zu prüfen, wie die Hintergasse sowohl für die Schülerinnen und Schüler, als auch die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers sicherer gemacht werden kann.

Die Tatsache, dass Klassen des Kindergartens Bözingen in einem Gebäude untergebracht sind, welches ursprünglich nicht als Schule konzipiert worden war, erfordert einige Anpassungen, damit den Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmern, insbesondere den Schwächsten unter ihnen, den Kinder, die bestmöglichen Sicherheitsbedingungen geboten werden können.

Die Stadtverwaltung ist sich dieser Problematik bewusst und ist bereits dabei, die zur Verbesserung der Situation geeigneten Massnahmen abzuklären.

In diesem Zusammenhang wurde zwischen Juli 2014 und Juni 2015 eine Messkampagne durchgeführt. Bei einem Durchschnittsverkehr von unter 300 Fahrzeugen pro Tag ist die Verkehrsbelastung derjenigen einer Erschliessungsstrasse angepasst. Die Belastung ist im Vergleich zu anderen Strassen der Stadt gering. Die im Postulat zitierte Zahl von 2'200 Fahrzeugen ist ein Bruttowert, der weder repräsentativ ist noch als Basis für falsche Schlussfolgerungen dienen darf.

Der heutige Querschnitt der Strasse entspricht den gefahrenen Geschwindigkeiten. Da 85% der Fahrzeuge mit einer Geschwindigkeit von unter 35 km/h verkehren, ist die Situation nicht alarmierend und erfordert keine dringlichen Massnahmen. Isolierte Geschwindigkeitsüberschreitungen können unabhängig vom signalisierten Geschwindigkeitsregime auf jedem Strassentyp beobachtet werden. Solche Missachtungen der Verkehrsregeln können durch Infrastrukturmassnahmen nicht verhindert werden. Hier können einzig Geschwindigkeitskontrollen der Kantonspolizei eine abschreckende Wirkung erzielen.

Aufgrund der bereits laufenden Studie zur Verbesserung der Situation für die Kindergartenkinder beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, das überparteiliche Postulat 20150302 erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Bienne, le 9. Dezember 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage: Überparteiliches Postulat 20150302

Vorstoss-Nr./Interv. no.: 150302
Termin: 27.1.2016
Direktion: PBU
Mitbericht/Corapport: ARA

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

POSTULAT

Verkehrsberuhigung in der Hintergasse

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, wie die Hintergasse in Bözingen für die Schulkinder und die Quartierbewohnerinnen und Bewohner sicherer und verkehrsberuhigter gemacht werden kann.

Begründung
Die Hintergasse in Bözingen ist eine Quartierstrasse. Die Strasse beheimatet auch eine Schule und wird deshalb auch stark von Kindern und Eltern frequentiert. Die Strasse ist relativ eng und für Fussgänger denkbar problematisch, da Trottoirs Mangelware sind. Trotzdem kann sie zweiseitig befahren werden, ist aber für einen zweiseitigen Verkehr nicht geeignet, da Parkplätze entlang der Strasse zusätzlich die Sicht verschlechtern und das Kreuzen erschweren. Aufgrund ihrer Lage wird die Hintergasse auch vom Durchgangsverkehr der Solothurnstrasse als Abkürzung und Ausweichroute benützt, wenn die Solothurnstrasse staut. Eine Messung der Stadt im April 2015 während einer Woche hat ergeben, dass fast 2200 Fahrzeuge durch diese schmale Quartierstrasse gefahren sind und die höchste gemessene Geschwindigkeit betrug 77h/km. Fährt man mit dem Auto durch diese Strasse, stellt man fest, dass es fast nicht möglich ist, mehr als 30 bis 40h/km zu fahren aufgrund der Enge und der Parkplätze. Die Strasse kann aber nach wie vor mit 50h/km befahren werden.
Damit die Schülerinnen und Schüler aber auch die Quartierbewohnerschaft sich zu Fuss sicherer in der Hintergasse bewegen können, sollten verschiedene Massnahmen geprüft werden : z.B. die Verkehrsführung nur als Einbahnstrasse ermöglichen und eine 30iger Zone vorzusehen und/oder weitere zielführende Massnahmen zu realisieren.

24. September 2015

Ruth Tennenbaum,
Passerelle

Christoph Grupp
Fraktion Grüne

Dana Augsburger-Brom
PS / SP

Max Wiher
Fraktion PVL / GLP

Anhang Nr. 13

Beantwortung

der Interpellation 20150258, Joel Haueter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Kostenentwicklung der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen"

Gestützt auf die im Jahr 2011 im Swiss Journal of Economics and Statistics veröffentlichte Studie "Redistribution in Switzerland: Social Cohesion or Simple Smoothing of Lifetime Incomes?" von Monika Engler sind die Interpellanten der Ansicht, dass ein Vergleich der Aufwände der Stadt Biel (gemäss der Struktur in der untenstehenden Abbildung, oder ähnlich) mit der Entwicklung des BIP über einen Zeitraum von mehreren Jahren für die zukünftigen Budgetdebatten hilfreich sein könnte.

Table 1: Consolidated budget of the confederation, cantons, municipalities, and social insurance institutions, 1990, 2000, 2005

EXPENDITURES (prices 2005)	in bn CHF			change	REVENUES (prices 2005)	in bn CHF			change
	1990	2000	2005	1990-2005		1990	2000	2005	1990-2005
General administration	**7.6**	**8.2**	**9.0**	**18.2%**	**Taxes on income and property**	**54.9**	**64.4**	**67.5**	**22.9%**
Justice, police, fire brigade	**6.2**	**7.1**	**8.1**	**30.0%**	Income and property taxes	37.5	43.0	48.4	28.8%
National defence	**5.4**	**5.6**	**4.9**	**-41.7%**	Earnings and capital taxes (corporate taxes)	9.4	13.0	12.8	35.8%
International affairs	**2.0**	**2.4**	**2.4**	**22.5%**	Withhold. tax, stamp duty (excl. foreign contr.)	3.9	5.6	3.5	-9.9%
Regional and district planning	**2.0**	**2.1**	**2.1**	**7.7%**	Real estate taxes	4.1	2.8	2.9	-30.2%
Environment	**2.7**	**2.9**	**2.8**	**2.7%**	**Taxes on property: Tax on motor vehicles**	**1.5**	**1.7**	**1.9**	**29.5%**
Education	**21.1**	**23.8**	**27.4**	**30.2%**	**Excise duties**	**17.6**	**24.6**	**25.6**	**44.6%**
State schools, primary education	10.8	12.2	13.7	26.5%	Value-added tax	12.5	17.3	18.1	45.2%
General education schools, vocational training	6.5	6.6	7.0	8.1%	Mineral oil and fuel taxes	3.9	5.5	5.3	36.4%
University-level institutions	3.8	5.0	6.7	78.6%	Tax on tobacco products	1.2	1.7	2.1	64.2%
Culture and recreation	**3.9**	**4.0**	**4.2**	**7.4%**	**Vehicle taxes (heavy traffic, nat. routes)**	**0.4**	**0.7**	**1.5**	**271.8%**
Health	**13.5**	**16.3**	**19.8**	**46.6%**	**Customs duties**	**1.5**	**1.1**	**1.0**	**-35.8%**
Transport	**11.6**	**13.6**	**14.8**	**28.0%**	**Royalties and concessions**	**1.1**	**1.8**	**1.3**	**15.6%**
Road traffic	6.8	6.9	7.1	4.6%	**Other taxes**	**2.0**	**1.6**	**1.6**	**-16.3%**
Public transport	4.8	6.7	7.7	61.2%	**Remunerations**	**16.2**	**21.9**	**25.0**	**54.0%**
Subsidies	**6.5**	**7.1**	**6.2**	**-5.1%**	**Financial and investment income**	**6.0**	**14.2**	**13.1**	**117.5%**
Agriculture	4.0	4.4	4.2	4.7%	**Payments-in to SI (insurants & employers)**	**69.2**	**83.6**	**94.0**	**35.9%**
Others	2.5	2.7	2.0	-21.0%	Old-age/invalidity insurance (AHV/IV), EO	24.4	25.7	28.0	14.8%
Payments-out of social insurance (SI)	**69.7**	**100.8**	**114.1**	**63.6%**	Occupational pension plans (BVG)	27.7	30.8	35.8	29.3%
Old-age insurance (AHV)	24.5	30.3	32.9	34.1%	Mandatory health insurance	8.4	11.3	15.3	82.2%
Pension plans (BVG; incl. pre-retirem. benefits)	14.4	26.3	28.2	96.4%	AIV (excl. refunding to border crossers)	0.8	6.5	4.3	430.2%
Disability insurance (IV)	5.4	9.6	12.3	127.0%	Family and child allowances	3.7	4.5	4.8	29.4%
Mandat. health ins. (incl. premium reductions)	9.4	13.8	17.4	84.6%	Accident insurance (UVG)	4.2	4.9	5.8	38.3%
Unemployment insurance (AIV)	0.5	2.9	6.8	1040.5%	**Capital and other revenues of SI**	**16.5**	**20.4**	**17.7**	**6.8%**
Family and child allowances	3.7	4.4	4.7	27.3%	Occupational benefit institutions	13.9	17.3	14.9	7.6%
Accident insurance (UVG)	3.5	4.1	4.7	35.0%	Other SI	2.7	3.1	2.7	2.6%
Income compensations (EO)	1.1	0.7	0.8	-25.2%					
Other expenditures	7.2	8.8	7.2	0.4%					
Other social welfare	**5.3**	**8.2**	**9.3**	**73.4%**					
Social assistance	2.6	5.5	6.0	130.9%					
Other benefits of social welfare	2.7	2.8	3.3	18.8%					
Finance, debt service	**6.9**	**11.3**	**9.5**	**38.3%**					
Total expenditures state and SI	**167.0**	**213.5**	**234.8**	**40.1%**	**Total revenues state and SI**	**157.0**	**236.0**	**250.1**	**33.7%**
In % of GDP	40.1%	48.5%	50.7%		In % of GDP	44.7%	53.6%	54.0%	
					Surplus revenue state and SI	**19.4**	**22.5**	**15.3**	
					due to state budget	-8.3	3.0	-1.8	
					due to SI budget	27.2	20.0	17.5	

Abbildung 1: Konsolidierte Aufwände und Erträge

Gemäss Art. 33 Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FILAG BSG 631.1) erstellt die Finanzdirektion des Kantons Bern eine Finanzstatistik (FINSTA). Diese umfasst die Gemeinderechnungsergebnisse aller Gemeinden im Kanton Bern.

Die Auswertung "Laufende Rechnung, Funktionale Gliederung" entspricht – mit Ausnahme der Positionen der Sozialversicherungen, Landesverteidigung und Internationales – der in Abbildung 1 dargestellten Auswertungsform. Die FINSTA umfasst folgende Aufwandblöcke:

Gruppe	Bezeichnung
0	Allgemeine Verwaltung
1	Öffentliche Sicherheit
2	Bildung
3	Kultur und Freizeit
4	Gesundheit
5	Soziale Wohlfahrt
6	Verkehr
7	Umwelt und Raumordnung
8	Volkswirtschaft
9	Finanzen und Steuern

Abbildung 2: Laufende Rechnung, funktionale Gliederung

Diese Auswertung über die Zusammensetzung des verbuchten Gesamtaufwandes und des Gesamtertrages muss jährlich von allen Berner Gemeinden in elektronischer Form erstellt, und bis 30.6. der Finanzdirektion des Kantons geliefert werden. Die Stadt Biel hat zu diesem Zweck mit der Einführung von SAP (2005) auch die dafür notwendigen SAP-Auswertungen programmiert. Wie die nachfolgende Abbildung zeigt, werden über eine zweidimensionale Ableitungstabelle pro Profitcenter die Totale aller gebuchten Aufwände und Erträge einem 3-stelligen Funktionscode zugeordnet.

Funktionale Gliederung Zuordnungstabelle

Profitcenter	Kostenart ...	Kostenart ...	Ge...	Funktion
	36540013	36540013	2011	999
P10000	30000000	30699999	2005	029
P10000	30700000	30799999	2005	030
P10000	30800000	31999999	2005	029
P10000	31700000	31759999	2005	012
P10000	31800000	31809999	2005	029
P10000	31810000	31820000	2005	309
P10000	31820001	32099999	2005	029

Abbildung 3: Zurodnungstabelle

Die Zuordnung der Aufwands- und Ertrags-Positionen erfolgt gemäss den geltenden Kontierungsvorschriften des Kantons. Die so generierten SAP-Rohdaten werden bei der Weiterverarbeitung auf eine Stelle (Gruppen 0 - 9) verdichtet. Mit dem Wechsel von HRM1 zu HRM2 per 1.1.2016 ändern sich zwar die 3-stelligen Funktionscodes hinsichtlich Zuordnung und Bezeichnung grundlegend, die Gruppenzuordnungen bleiben jedoch inhaltlich unverändert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf Grund der Datenlage dem Anliegen der Interpellanten entsprochen werden kann. Die gestellten Detailfragen werden in den nachfolgenden Abschnitten beantwortet:

Frage 1: Ab wann liegen statistische Daten für die Stadt Biel vor, welche eine Analyse der Kostenentwicklung anlaog der abgebildeten Tabelle annäherungsweise ermöglichen würden?

Die für die Analyse notwendigen, bereinigten Rohdaten liegen über den Zeitraum von 2005 bis 2014 vor.

Frage 2: Würde der Gemeinderat bei einer solchen Analyse durchlaufende (vom Kanton / Bund rückvergütete) Positionen ebenfalls berücksichtigen oder nicht und mit welcher Begründung.

Auf Grund der durch den Kanton vorgegebenen Strukturierung der Daten (FINSTA) sind pro Gruppe die Nettokosten ausgewiesen. Dies bedeutet, dass die einer Aufgabengruppe direkt zuordenbaren Rückvergütungen eingerechnet wurden.

Frage 3: Ist der Gemeinderat bereit, eine solche Analyse über einen Zeitraum von

a) 10 (beispielsweise 2005-2014)
b) 15 (beispielsweise 2000-2014)
c) 20 (beispielsweise 1995-2015)

Jahren zu erstellen?

Auf Grund der Umstellung des Finanzsystems im Jahre 2005 auf SAP kann das Zahlenmaterial lediglich über einen Zeitraum von 10 Jahren hinweg ausgewertet werden. Ältere Daten sind nicht, bzw. nicht in auswertbarer Form verfügbar. Hier wäre eine aufwändige manuelle Datenaufbereitung notwendig.

Eine Auswertung der bereinigten und nach Aufgabengruppen gegliederten Aufwände und Erträge über den Zeitraum von 2005 bis 2014 liegt – in Form eines internen Arbeitspapieres –vor. Im Rahmen des finanziellen Controllings wurde im Nachgang zum Jahresabschluss 2014 bereits eine entsprechende Aufwand-/Ertragsanalyse vorgenommen. Die entsprechenden Materialien stehen somit verwaltungsintern zur Verfügung und können auf Anfrage konsultiert werden. Eine Publikation derselben erachtet der Gemeinderat als nicht opportun.

Biel, 16. Dezember 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage:
- Interpellation 20150258

Vorstoss Nr./Interv. no: 150258
Termin GR/Délai CM: 16.12.2015
Direktion/Direction: FID
Mitbericht/Comport:

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Interpellation

Kostenentwicklung der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen

Eine im Jahr 2011 im Swiss Journal of Economics and Statistics veröffentlichte Studie von Monika Engler untersucht unter anderem die Entwicklung der öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zum BIP im Zeitraum zwischen 1990 und 2005. Es wäre für die Beurteilung und als Unterlage für die auch in künftigen Jahren anstehenden Debatten hilfreich zu untersuchen, inwiefern für die Stadt Biel auf Basis der gleichen oder ähnlicher Grundlagen ein entsprechender aktueller Vergleich angestellt werden kann. Die Interpellanten richten sich deshalb mit folgenden Fragen an den Gemeinderat:

1. Ab wann liegen statistische Daten für die Stadt Biel vor, welche eine Analyse der Kostenentwicklung analog Tabelle Seite 109 (Vgl. Beilage) der erwähnten Publikation annäherungsweise ermöglichen würde?

2. Würde er bei einer solchen Analyse durchlaufende (von Kanton / Bund rückvergütete) Positionen ebenfalls berücksichtigen oder nicht und mit welcher Begründung?

3. Ist der Gemeinderat bereit, eine solche Analyse über einen Zeitraum von
   a) 10 (beispielsweise 2005-2014)
   b) 15 (beispielsweise 2000-2014)
   c) 20 (beispielsweise 1995-2015

   Jahren zu erstellen?

Für die Fraktion SVP/die Eidgenossen

Joel Haueter

Anhang Nr. 14

Beantwortung

der Interpellation 20150259, Sandra Schneider, SVP, "Auslastung Parkhäuser"

Mit der Interpellation wird der Gemeinderat gebeten, nachfolgende Fragen im Zusammenhang mit der Auslastung der Parkhäuser zu beantworten.

Nachdem für das Altstadtparking wie für das Kongresshausparking noch keine Langzeitbetrachtungen vorliegen, aus welchen zweckmässige Schlüsse gezogen werden könnten, beziehen sich die nachfolgenden Antworten grösstenteils auf das Bahnhofparking.

Frage 1: Wie sieht die Auslastung der Parkhäuser unter der Woche zwischen 10 und 19 Uhr aus?
Das Bahnhofparking erreicht gegen 10.00 Uhr seine Spitzenbelegung und ist je nach Jahreszeit und unter Berücksichtigung von Feiertagen/Ferien/Events nicht gleich belegt.

Die Belegungen an normalen Tagen unter der Woche sehen wie folgt aus:

a. Sommer: ca. 70% Belegung um 10.00 Uhr. Diese bleibt in etwa konstant oder steigt leicht an(Ferientourismus) und nimmt ab ca. 16.00 Uhr allmählich ab. Um 19.00 Uhr ist im Schnitt eine Belegung von ca. 40% zu verzeichnen.
b. Winter: 95-100% (Parkhaus ist zeitweise voll ab 09.00 Uhr). Die Entwicklung tagsüber verläuft ähnlich wie im Sommer mit der Ausnahme, dass sich die Belegung ab 19.00 Uhr auf ca. 70% beläuft.
c. Frühling und Herbst liegen die Zahlen im Durchschnitt zwischen Winter/Sommer resp. Sommer/Winter.
d. Beim Altstadtparking besteht ein Verhältnis von 10 bis 19 Uhr von etwa 40% zu 20%, am Samstag während den Märkten ist eine sehr gute Belegung zu verzeichnen. In seltenen Fällen ist das Parkhaus auch voll besetzt. Der Sonntag ist nur gering belegt.
e. Die Auslastung des Kongresshausparkings ist zurzeit noch gering und hängt insbesondere auch von der Durchführung von Events oder Kongressen ab. Die Entwicklung wird jedoch auch hier verfolgt.

Frage 2: Wie sieht die Auslastung der Parkhäuser an Wochenenden zwischen 10 und 19 Uhr aus?
An den Wochenenden ist eine etwa 30% geringere Frequenz zu verzeichnen, wobei die höchste Belegung mittags stattfindet.

Frage 3: Gibt es Spitzenzeiten, an welchen einzelne oder mehrere Parkhäuser praktisch vollständig belegt sind?
Ja, als Spitzenzeit ist die Zeitspanne zwischen 10.00 Uhr und 14.00 Uhr zu qualifizieren. In der kalten Jahreszeit oder auch bei schlechten Witterungsbedingungen ist das Bahnhofparking beispielsweise zeitweise vollständig belegt.

Frage 4: Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung ein bezüglich der Auslastung, wenn die Möglichkeit eines Gratis-Parkierens für die erste halbe Stunde eingeführt wird?
a. zu bestimmten Zeiten
b. rund um die Uhr

Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich die Auslastung nicht entscheidend verbessern würde. Allerdings darf davon ausgegangen werden, dass Besucherinnen oder Besucher, die lediglich für einen Kurzeinkauf in die Stadt gelangen wohl insbesondere im Bahnhofparking von der Gratiszeit profitieren würden.

Frage 5: Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung der Einnahmen in den Parkhäusern ein, wenn Regelungen gemäss Frage 4 eingeführt werden?

Die Mindereinnahmen lassen sich nur schwer schätzen, dürften aber nach Ansicht der Betreiberin ins Gewicht fallen.

Frage 6: In der Stadtanalyse Biel zur weiteren Entwicklung der Bieler Altstadt vom Mai 2015 wird auf Seite 18 folgende Empfehlung festgehalten: "Die Langzeit-Parkplätze in der Schmieden-/Untergasse liessen sich problemlos ins Altstadtparking verlegen. Man müsste dieses Angebot allenfalls noch etwas besser positionieren (Beschriftung, Parkjetons, Preisgestaltung)."

a. Wird der Gemeinderat eine Tarifgestaltung im Sinne der Motion 20140335 beim Altstadtparking eingeführt, um diese Empfehlung umsetzen zu können?

b. Wenn ja, bis wann wird diese Massnahme umgesetzt? Wenn nicht, warum nicht?

c. Werden auch in anderen städtischen Parkhäusern entsprechende Preisgestaltungen eingeführt, um diese zu attraktivieren?

Jetons werden bereits beim Bahnhofparking eingesetzt, wobei die verwendete Anzahl als gering einzustufen ist. Auch beim Kongresskausparking könnten Jetons eingesetzt werden, das Interesse daran ist jedoch kaum vorhanden. Beim Kongresshausparking sind allerdings gegenwärtig Bestrebungen im Gange, mittels Kongresskarten und Vergütungsmöglichkeiten für Veranstalter zu arbeiten.

Beim Altstadtparking wird gegenwärtig das Potential geprüft, in Kooperation mit der Migros mit Vergütungen zu arbeiten. Hierfür müssten aber Investitionen im Bereich der Parkabfertigungsanlage ins Auge gefasst werden.

Frage 7: Welche der folgenden Möglichkeiten zur Parkhaus-Attraktivierung sind in ihrer Anschaffung und in ihrem Unterhalt sowohl kostengünstig als auch einfach zu handhaben?

a. Gratis-Parking während den ersten 30 Minuten.

b. Parkjetons

c. Kombination Parkticket mit ÖV (Ticket ist gleichzeitig Busbillet)

Punkt a. wurde bereits erläutert, Parkjetons und Kombi-Tickets befinden sich bereits in Anwendung und sind auf der Homepage der Stadt Biel einsehbar.

Biel, 16. Dezember 2015

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident:	Die Stadtschreiberin:
Erich Fehr	Barbara Labbé

Beilage: Interpellation 20150259

79/15

Vorstoss Nr./Interv. no: 150259
Termin GR/Délai CM: 16.12.2015
Direktion/Direction: FID
Mitbericht/Corapport: PRA

~~Überparteiliche~~ Interpellation

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Auslastung Parkhäuser

Mit der Beantwortung der überparteilichen Motion 20140335, Sandra Schneider / Reto Gugger, bezüglich der Einräumung einer 30-minütigen Gratisparkzeit hat der Gemeinderat unter anderem auch darauf hingewiesen, dass mit einer Einführung einer solchen Lösung grössere Investitionen sowie ein jährlich wiederkehrender Einnahmenausfall einhergehen würde. Dabei bezog sich der Gemeinderat primär auf die Oberflächenparkplätze. Es fehlen Informationen darüber, wie die Situation in den städtischen Parkhäusern zu beurteilen ist.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Wie sieht die Auslastung der Parkhäuser unter der Woche zwischen 10 und 19 Uhr aus?*
2. *Wie sieht die Auslastung der Parkhäuser an Wochenenden zwischen 10 und 19 Uhr aus?*
3. *Gibt es Spitzenzeiten, an welchen einzelne oder mehrere Parkhäuser praktisch vollständig belegt sind?*
4. *Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung ein bezüglich der Auslastung, wenn*
   a. *zu bestimmten Zeiten*
   b. *rund um die Uhr*

   die Möglichkeit eines Gratis-Parkierens für die erste halbe Stunde einführt wird?
5. *Wie schätzt der Gemeinderat die Entwicklung der Einnahmen in den Parkhäusern ein, wenn Regelungen gemäss Frage 4 eingeführt werden?*
6. *In der Stadtanalyse Biel zur weiteren Entwicklung der Bieler Altstadt vom Mai 2015 wird auf Seite 18 folgende Empfehlung festgehalten: „Die Langzeit-Parkplätze in der Schmieden-/Untergasse liessen sich problemlos ins Altstadtparking verlegen. Man müsste dieses Angebot allenfalls noch etwas besser positionieren (Beschriftung, Parkjetons, Preisgestaltung)."*
   a. *Wird der Gemeinderat eine Tarifgestaltung im Sinne der Motion 20140335 beim Altstadtparking einführen, um diese Empfehlung umsetzen zu können?*
   b. *Wenn ja, bis wann wird diese Massnahme umgesetzt? Wenn nicht, warum nicht?*
   c. *Werden auch in anderen städtischen Parkhäusern entsprechende Preisgestaltungen eingeführt, um diese zu attraktivieren?*
7. *Welche der folgenden Möglichkeiten zur Parkhaus-Attraktivierung sind in ihrer Anschaffung und in ihrem Unterhalt sowohl kostengünstig als auch einfach zu handhaben?*
   a. *Gratis-Parking während den ersten 30 Minuten*
   b. *Parkjetons*
   c. *Kombination Parkticket mit ÖV (Ticket ist gleichzeitig Busbillet)*

Sandra Schneider (SVP)

Biel/Bienne, 19.08.2015

Anhang Nr. 15

Beantwortung

der Interpellation 20150260, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Kunsteinkäufe der Stadt Biel: Wurde der Ausgabenstopp missachtet?"

Die Interpellantin stellt verschiedene Fragen zur Funktionsweise der Kunstkommission, zu den Kunstankäufen und insbesondere zu den Ankäufen im Jahre 2013, während dem der Gemeinderat ein Ausgabenmoratorium beschlossen hat.

Einleitung

Die Kunstkommission ist aus der Museumskommission entstanden, die wiederum aus der Gründungskommission des Museum Schwab hervorgegangen war. Sie bestand anfänglich mehrheitlich aus Mitgliedern des Gemeinderates und entwickelte sich im Verlaufe der Zeit zu einem Expertengremium.

Die Aufgaben und die Zusammensetzung der Kunstkommission werden in der Verordnung über die Kunstkommission von 2005 geregelt (SGR 424.11). Sie setzt sich aus höchstens neun Mitglieder zusammen, wobei auf eine angemessene Vertretung der Kunstschaffenden zu achten ist. Folgende Organisationen können der zuständigen Direktion zuhanden des Gemeinderats je ein Mitglied zu Wahl vorschlagen: Kunsthaus Centre PasquART, Kunstverein Biel, Photoforum Biel, SIA Schweizerischer Ingenieur- und Architekten-Verein Sektion Biel-Seeland, Visarte Sektion Biel-Seeland. Der Direktor der Direktion Bildung, Kultur und Sport sowie die Leitenden der Dienststelle für Kultur und der Abteilung Hochbau wohnen den Sitzungen der Kunstkommission nach Bedarf und mit beratender Stimme bei.

Die Kunstkommission hat folgende Aufgaben:

1. Sie nimmt Stellung zu Geschäften gemäss Artikel 16 Absatz 1 des Reglements über die Förderung der Kultur (SGR 423.0) sowie weiteren Geschäften, welche ihr vom Gemeinderat oder von der Direktion Bildung, Kultur und Sport vorgelegt werden.
2. Sie entscheidet über den Ankauf von Werken professioneller Kunstschaffender für die städtische Kunstsammlung im Rahmen des bewilligten Kredites.
3. Sie stellt die neu angekauften Werke der städtischen Kunstsammlung regelmässig öffentlich vor.
4. Sie begutachtet zuhanden des Gemeinderates Schenkungsangebote an die Stadt Biel.
5. Sie bildet den Stiftungsrat der Stiftung Ernst Anderfuhren.

Die Kunstkommission stützt ihre Ankäufe auf eine Strategie. Diese basiert auf 3 Achsen: (1) Ankauf von Werken, die in Biel gezeigt wurden; (2) Ankauf von Werken, die von Bieler Kunstschaffenden stammen; (3) Ankäufe bei wichtigen Museen und Kunstausstellungen. Das oberste Ziel ist die Dokumentation des regionalen Kunstschaffens. Die Kunstkommission tagt zwischen acht bis zehn Mal pro Jahr. Sie besucht zusätzlich Ausstellungen und kauft Werke an Veranstaltungen wie der "Cantonale", den "Fototagen" oder dem "Joli mois de mai". Weiter führt sie regelmässig Atelierbesuche durch, bei denen Ankäufe getätigt werden.

Im Jahr 2013 hat die Kunstkommission folgende Werke erworben:

Feuille d'art 2012 Mai-Thu Perret 450.– (Entscheid 8.1.2013)
Mingjun Luo 18'000.– (Entscheid 8.1.2013)
Florance Plojoux 4'800.– (Entscheid 9.1.2013)
Katrin Hotz 3'920.– (Entscheid 9.1.2013)

Danilo Wyss 2'450.– (Entscheid 13.3.2013)
Jerry Haenggli 3'920.– (Entscheid 13.3.2013)
Lucien Hervé 7'419.– (Entscheid 13.3.2013)
Matthias Wyss 2'800.– (Entscheid 13.3.2013
Anderfuhren ArtPrints 2013 360.– (Entscheid 13.5.2013)
Urs Dickerhof 4'900.– (Entscheid 13.5.2013)
Dagmar Keller / Martin Wittwer 3400.– (Entscheid 12.6.2013
Edi Aschwanden 10'000.– (Entscheid 10.7.2013)
Parzival 4'000.– (Atelierbesuch 14.8.2013, mehrere Entscheide: 11.9.2013, 9.10.2013, 11.12.2013)

Ankäufe Fototage (14.9.2013)
Olivier Christinat 5'100.–
Cyril Porchet 7'350.–
Ester Vonplon 2'550.–

Ankäufe Cantonale (7.12.2013)
Maia Gusberti 2'500.–
Hanspeter Gempeler 4'400.–
Nadine Städler 5'800.–
Olivier Rossel 2'000.–
Jahresblatt 2013 72.–

Total : CHF 96'191.–

Der Gemeinderat kann die einzelnen Fragen wie folgt beantworten:

1 Wie viel wurden im Jahr 2013 für Kunsteinkäufe nun tatsächlich ausgegeben?
CHF 96'191.–

2 Aus welchem Grund erhielt ich für den gleichen Posten unterschiedliche Angaben mitgeteilt?
Die abweichende Zahl geht auf eine Zusammenstellung in einem Protokoll der Kunstkommission zurück, die auch Erwerbungen aus dem Vorjahr aufführt.

3 Der Gemeinderat hat die im Jahr 2013 getätigten Kunsteinkäufe aufgelistet. Wann wurden diese Einkäufe im Einzelnen getätigt?
(Siehe Liste oben)

4 Falls Kunstwerke während des Ausgabenmoratoriums akquiriert wurden: Weshalb hielt sich die Kulturdirektion nicht an den gemeinderätlichen Beschluss vom August 2013?
Die Kunstkommission ist gemäss Art. 16 Abs. 3 des Reglements über die Förderung der Kultur zuständig für die Ergänzung und Konservierung der städtischen Kunstsammlung. Sie verwendet die zu diesem Zweck bestimmten Mittel gemäss einem periodisch zu überprüfenden Konzept in eigener Zuständigkeit. Die Kunstkommission hat zu Beginn des Jahres 2013 ihren Terminkalender und ihre Ausstellungs- und Atelierbesuche festgelegt. Gemäss geltender Verordnung wurden die Kaufentscheide der Kunstkommission dem Gemeinderat nicht mehr zur Bewilligung vorgelegt.

5 Sollten Kunstwerke während des Ausgabenmoratoriums gekauft worden sein: Hat der Gemeinderat Massnahmen beschlossen oder anderweitig auf die Missachtung des gemeinderätlichen Beschlusses reagiert?
Der Gemeinderat hat die Arbeitsabläufe innerhalb der Kunstkommission geklärt. In den Jahren 2014 und 2016 unterliegt der Ankauf von Werken der Annahme des Budgets durch die Stimmberechtigten.

Auch hat die Kunstkommission den Auftrag erhalten, die Strategie für die Ankäufe von Werken zu überarbeiten. In der neuen Strategie fokussiert die Kunstkommission ihre Ankäufe auf die Pflege von Sammlungsschwerpunkten, den gezielten Aufbau von Werkgruppen einzelner Kunstschaffender und den Ankauf von Nachwuchskünstlerinnen und -künstlern. Sie kann weiterhin in Ausnahmefällen herausragende Werke erwerben, die in Museen und Kunstausstellungen gezeigt werden. Schliesslich wird eine Überarbeitung der Verordnung in Betracht gezogen, damit die Kaufentscheide der Kommission formell dem Gemeinderat zur Genehmigung vorgelegt werden müssen.

6 Der Ausgabenstopp wurde Mitte August 2013 beschlossen und galt bis Ende Jahr, also mindestens vier Monate lang. Wie ist zu erklären, dass trotz dieser verkürzten „EinkaufsZeit" das Budget von 100'000 Franken dennoch vollständig ausgeschöpft wurde?
Die Kunstkommission legte zu Beginn des Jahres ihr Programm und damit ihr «Budget» fest (siehe auch Antworten unter Frage 4 und 5). Der Kredit wurde nicht vollständig ausgeschöpft.

7 Wie oft und wann werden jährlich Kunsteinkäufe beschlossen?
Ankäufe werden an den Sitzungen der Kommission beschlossen (siehe stellvertretend die oben stehende Liste zum Jahr 2013).

8a Unter welchen Kriterien werden Kunstwerke für den Kauf ausgesucht?
Beim Ankauf gelten die Strategie der Kunstkommission und die von der Kunstkommission festgelegten Kriterien, die sich an jenen des Reglements über die Förderung der Kultur orientieren (SGR 423.0). Diese sind: kulturpolitische Relevanz respektive Auswirkung, Qualität und Originalität sowie Professionalität. Die Kunstkommission legt Anfang Jahr ihre Ausstellungs- und Atelierbesuche fest. In den Ausstellungen werden ausgewählte Werke besprochen und deren Ankauf nach geführter Diskussion verworfen oder beschlossen.

8b Unter welchen Kriterien werden die Preise für die Kunstwerke generell bestimmt?
Die Preise werden vom Marktwert der Werke bestimmt und kann in vielen Fällen noch ausgehandelt werden.

8c Wie geschah diese Preisbestimmung konkret im Beispiel von „Parzival"?
Der Ankauf von vier Werken von Parzival hat sich lange hingezogen. Es ging darum, das Werk des Bieler Unikums in der Sammlung zu dokumentieren. Um verschiedene Aspekte seines Schaffens abzudecken, wurde ein Paket geschnürt und ausgehandelt.

8d Ist es zutreffend, dass die oben aufgeführten Kunstwerke nicht zum Gestehungspreis veräussert werden können (siehe Antwort auf Motion 20140229 «Kunstsammlungen der Stadt Biel auktionieren – den Erlös zweckgebunden verwenden» vom 10.12.2014)?
Der Marktwert kann sich im Verlaufe der Zeit negativ oder positiv entwickeln.

8e Die Sitzungen resp. die Beschlüsse über die Kunsteinkäufe werden protokolliert. Gemäss Email-Auskunft von Gemeinderat Némitz sind diese aber nicht öffentlich einsehbar. Wird der Gemeinderat diese Protokolle künftig veröffentlichen? Schliesslich ist es von öffentlichem Interesse, warum welches Kunstwerk für wie viel Geld gekauft worden ist.
Wie bei anderen gemeinderätlichen Kommissionen sind die Sitzungen und die Diskussionsprotokolle gemäss Art. 11 Abs. 3 des kantonalen Gesetzes über die Information der Bevölkerung (BSG 107.1) nicht öffentlich. Dies ermöglicht der Kunstkommission eine unabhängige Entscheidfindung. Auf Anfrage werden über Beschlüsse informiert oder zur Sammlung Angaben gemacht.

8f Weshalb besteht die Kunstkommission ausschliesslich aus Kunstschaffenden, jedoch ohne Vertreter von Stadtrat und/oder politischen Parteien? Ist der Gemeinderat nicht der Meinung, dass die Kommission zwecks Transparenz und Kontrolle diesbezüglich geöffnet werden soll?

Es besteht keine Regel, dass die Kunstkommission nur aus Kunstschaffenden bestehen soll. Zurzeit sind auch Architektur und Kunstgeschichte darin vertreten. Der Gemeinderat sieht keine Veranlassung, die Verordnung abzuändern. Es ist wichtig, dass die Entscheide zur Kulturförderung nicht politisch beeinflusst werden.

Biel, 6. Januar 2016

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage:
- Interpellation 20150260

Vorstoss Nr./Interv. no.: 150260
Termin GR/Délai CM: 16.12.2015
Direktion/Direction: BKS
Mitbericht/Corapport: FID, STK

Interpellation

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Kunsteinkäufe der Stadt Biel: Wurde der Ausgabenstopp missachtet?

Der Bieler Gemeinderat hatte im August 2013 ein Ausgabenmoratorium beschlossen (vgl. Medienmitteilung vom 21.8.2015). Mit dieser Sofortmassnahme wollte er die defizitäre Entwicklung der Bieler Finanzen eindämmen. Aus der Verwaltung habe ich den Hinweis erhalten, dass sich die Kulturdirektion nicht an diesen Gemeinderatsbeschluss hielt. So sollen weiterhin Kunstwerke eingekauft worden sein. Diesen Sachverhalt wollte ich beim zuständigen Gemeinderat Cédric Némitz abklären lassen. Herr Gemeinderat Némitz legte per E-Mail dar, dass im Jahr 2013 Anschaffungen in der Höhe von 96'191 Franken getätigt worden waren. Im Voranschlag 2013 wurden entsprechend 100'000 Franken budgetiert.

In der Stadtratssitzung vom Mai 2015 überreichte mir Gemeinderat Némitz zusätzlich eine Liste mit den im Jahr 2013 getätigten Einkäufen. Auf dieser Liste werden jedoch Einkäufe in der Summe von Fr. 99'001.06 ausgewiesen. Da es sich vielleicht um einen Schreib- oder Rechenfehler handeln konnte, zählte ich die einzelnen Beträge zusammen und kam dabei auf Fr. 99'457.06 – erneut eine Zahl, welche von der ersten Information abweicht.

Weiter wollte ich wissen, wann diese Kunstwerke gekauft, resp. verbucht worden sind. Trotz mehrmaliger Anfrage, erhielt ich keine oder lediglich eine ausweichende Antwort. Ich hoffe, die stadträtliche Interpellation möge nun endlich Licht in diese Sache bringen.

Wir bitten den Gemeinderat deshalb, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Wie viel wurden im Jahr 2013 für Kunsteinkäufe nun tatsächlich ausgegeben?*
2. *Aus welchem Grund erhielt ich für den gleichen Posten unterschiedliche Angaben mitgeteilt?*
3. *Der Gemeinderat hat die im Jahr 2013 getätigten Kunsteinkäufe aufgelistet. Wann wurden diese Einkäufe im Einzelnen getätigt?*
4. *Falls Kunstwerke während des Ausgabenmoratoriums akquiriert wurden: Weshalb hielt sich die Kulturdirektion nicht an den gemeinderätlichen Beschluss vom August 2013?*
5. *Sollten Kunstwerke während des Ausgabenmoratoriums gekauft worden sein: Hat der Gemeinderat Massnahmen beschlossen oder anderweitig auf die Missachtung des gemeinderätlichen Beschlusses reagiert?*
    a. *Wenn ja, was wurde konkret unternommen?*
    b. *Wenn nein, warum nicht?*
6. *Der Ausgabenstopp wurde Mitte August 2013 beschlossen und galt bis Ende Jahr, also mindestens vier Monate lang. Wie ist zu erklären, dass trotz dieser verkürzten „Einkaufs-Zeit" das Budget von 100'000 Franken dennoch vollständig ausgeschöpft wurde?*
7. *Wie oft und wann werden jährlich Kunsteinkäufe beschlossen?*
8. *Eine Kunstkommission ist für den Kauf von Kunstwerken zuständig.*
    a. *Unter welchen Kriterien werden Kunstwerke für den Kauf ausgesucht?*
    b. *Unter welchen Kriterien werden die Preise für die Kunstwerke generell bestimmt?*
    c. *Wie geschah diese Preisbestimmung konkret im oben erwähnten Beispiel von „Parzival"?*
    d. *Ist es zutreffend, dass die oben aufgeführten Kunstwerke nicht zum Gestehungspreis veräussert werden können (siehe Antwort auf Motion 20140229 «Kunstsammlung der Stadt Biel auktionieren – den Erlös zweckgebunden verwenden» vom 10.12.2014)?*
    e. *Die Sitzungen resp. die Beschlüsse über die Kunsteinkäufe werden protokolliert. Gemäss Email-Auskunft von Gemeinderat Némitz sind diese aber nicht öffentlich*

einsehbar. Wird der Gemeinderat diese Protokolle künftig veröffentlichen? Schliesslich ist es von öffentlichem Interesse, warum welches Kunstwerk für wie viel Geld gekauft worden ist.

f. *Weshalb besteht die Kunstkommission ausschliesslich aus Kunstschaffenden, jedoch ohne Vertreter von Stadtrat und/oder politischen Parteien? Ist der Gemeinderat nicht der Meinung, dass die Kommission zwecks Transparenz und Kontrolle diesbezüglich geöffnet werden soll?*

Biel/Bienne, 19.08.2015

Sandra Schneider
Fraktion SVP/Die Eidgenossen

Anhang

Von: "Némitz Cédric" <Cedric.Nemitz@biel-bienne.ch>
An: "schneidersandra@gmx.ch" <schneidersandra@gmx.ch>
Datum: 17.03.2015 21:43:41

Sehr geehrte Frau Schneider

Ihre Anfragen bezüglich Verwendung des Ankaufskredits und der Anzahl Werke von Bieler Kulturschaffenden, die in den letzten Jahren angekauft wurden, beantworten wir gerne.

Im 2013 wurden für Akquisitionen CHF 96'191.- ausgegebenn

Die Aufteilung nach Herkunft entnehmen Sie bitte nachstehender Tabelle:

	2012	2013	2014
Anzahl angekaufter Bieler Künstlerinnen und Künstler	13 (davon eine Kollaboration von 2 Künstlern und 1 Künstlerpaar)	10	6 (davon 2 Künstlerpaare)
Region		1	1
Übrige CH	2	6	1
Ausland	4	5	1

Mit freundlichen Grüssen

Cédric Némitz

conseiller municipal / Gemeinderat

Mme Schneider

Anbei die Angaben 2013 und 2014 zu den Ankäufen durch die Kunstkommission. Die jeweiligen Daten der jeweiligen Ankäufe könnten wir mittels Protokolle heraussuchen, das ist aber unverhältnismässige aufwendig.

Hauptsächlich werden Arbeiten gekauft:
Bei der Cantonale (Jahreswende), bei den Fotolagen (September)
Bei Ausstellungen wie der Joli mois de mai oder laufenden Ausstellungen in Kunsthaus oder Photoforum PasquArt.
Die jährlich ca. 8-10 Atelierbesuche führen zu 1-2 Ankäufen.

Budget 2014: 50'000.-
Achat Cyril Porchet *Reina* (solde 2013) 2'500-
Achats Anna Neurohr 3'200.-
Achats 2x Art Prints Anderfuhren 360.-
TVA sur l'oeuvre de Kirsi Mikkola 1'626.70
Achats Barbara Meyer Cesta, 5x 4'200.- 21'000..-
Achat P. & B. Fraefel – *Ex Volo* 8'000.-
Achat Marcel Freymond, 2x 1'500.- + 2x 1'400.- 5'800.-
Achat Aline Zeltner 2'550.-
Total des achats: **45'036.70**

Budget 2013:
- Mai-Thu Perret 450.00
- Mingjun Luo 18'000.00
- Florance Piojoux 4'800.00
- Katrin Hotz 4'000.00
- Danilo Wyss 2'500.00
- Jerry Haenggli 4'000.00
- Anderfuhren ArtPrints 2013 360.00
- Urs Dickerhof 5000.00
- Dagmar Keller / Martin Wittwer 3400.00
- Lucien Hervé 7'419.06
- Matthias Wyss 2'800.00
- Edi Aschwanden 10'000.00
- Olivier Christinat 5'100.00
- Cyril Porchet 7'350.00
- Ester Vonplon 2'550.00
- Parzival 4'000.00
- Cyril Porchet 2'500.00
- Maia Gusberti 2'500.00
- Hanspeter Gempeler 4'400.00
- Nadine Städler 5'800.00
- Olivier Rossel 2'000.00
- Feuille d'art 2013 528.00

Total des achats : 99'001.06

Anhang Nr. 16

Beantwortung

der dringlichen überparteilichen Motion 20150376, Joël Haueter, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, Nathan Güntensperger, Fraktion GLP, Reto Gugger, Fraktion BVP/CVP/BDP, Stefan Kaufmann, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU "Schuldenbremse für die Stadt Biel"

In der Motion wird der Gemeinderat aufgefordert, bis spätestens per 1.1.2017 eine Schuldenbremse auszuarbeiten und diese rechtlich adäquat zu verankern, die wie folgendermassen ausgestaltet ist:

Ausgestaltung der Schuldenbremse:

1. Ziel der Schuldenbremse: Bruttoverschuldungsanteil der Stadt Biel unter 150%
2. Liegt der Bruttoverschuldungsanteil über 150 %, tritt folgender Mechanismus in Kraft:
   a) Steuerungsgrösse: Finanzierungsergebnis Gesamthaushalt (Einnahmen – Ausgaben; inkl. Investitionen; inkl. Spezialfinanzierungen)
   b) Ziel der Steuerungsgrösse: Das Finanzierungsergebnis des Gesamthaushaltes muss positiv sein (Periode: IST Januar – Dezember)
   c) Regel bei Nichteinhaltung des Zieles der Steuerungsgrösse (Punkt 2b): Falls der Finanzierungssaldo im Verlauf einer Jahresperiode negativ ist, muss dieser im Verlauf der nächsten 5 Jahre überkompensiert werden.
3. Liegt der Bruttoverschuldungsanteil (BVA) unter 150%, darf das Finanzierungsergebnis solange negativ sein, bis der BVA wieder höher als 150% ist (dann kommt wieder Mechanismus aus Punkt 2 zum Zug).

Abbildung 1: Vorgabe zur Ausgestaltung der Schuldenbremse

Als Begründung wird angeführt, dass der Bruttoverschuldungsanteil[1] per Ende 2014 auf 205% angestiegen ist, was vom Kanton als kritisch beurteilt wird. Für 2015 werden eine weitere Verschlechterung dieses Wertes und ein Wachstumsschub bei den Fremdkapitalzinsen erwartet. Als Steuerungsinstrumentarium für das Verschuldungsmanagement wird von den Motionären auf die mit HRM2 gemäss den gesetzlichen Vorgaben eingeführte Geldflussrechnung verwiesen. Die nachfolgende Abbildung zeigt deren schematischen Grundaufbau und -Funktionsweise.

1 **Berechnung der Kennzahl gemäss Vorgaben des AGR:** Kurzfristige Schulden + Langfristige Schulden in % des Finanzertrages (=Gesamtertrag abzüglich durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus Spezialfinanzierungen und interne Verrechnungen)

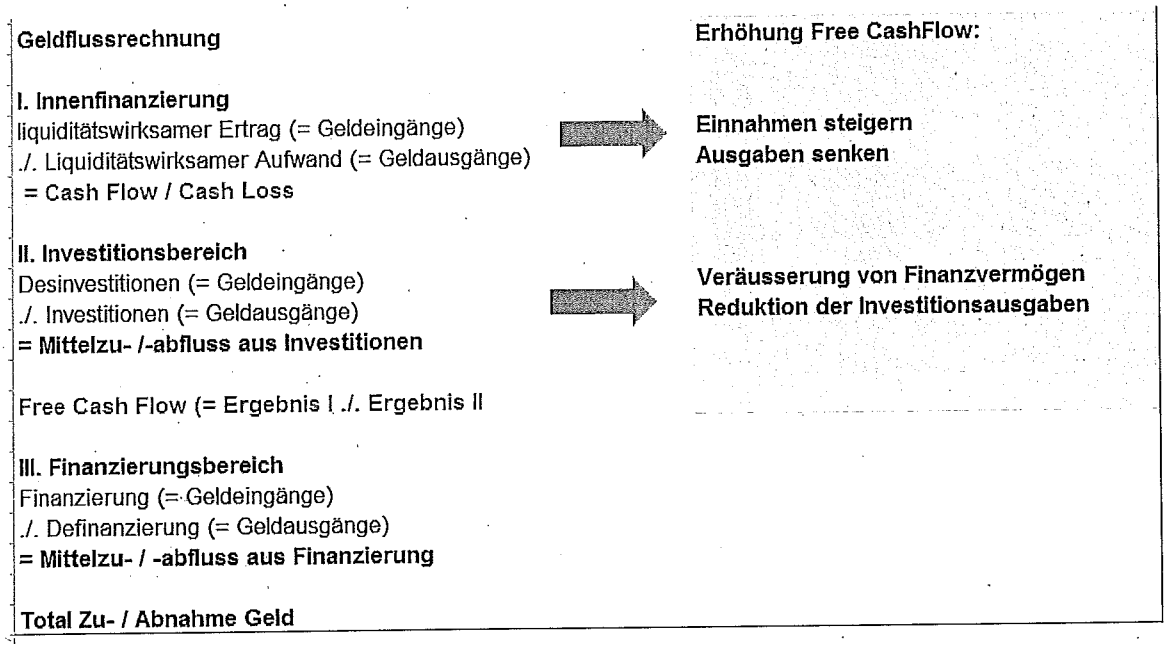

Abbildung 2: Grundschema der Geldflussrechnung

In der Geldflussrechnung werden – bei der direkten Berechnungsmethode – nur die liquiditätswirksamen Erträge den liquiditätswirksamen Aufwänden gegenübergestellt. Im Unterschied zur Erfolgsrechnung (Budget und Jahresrechnung) fallen die nicht-liquiditätswirksamen Positionen – wie beispielsweise Abschreibungen, Auflösung von Rückstellungen, Einlagen und Entnahmen Spezialfinanzierungen, buchmässige Aufwertung von Finanzvermögen, usw. – weg. Dies bedeutet, dass durch entsprechende „Entnahmen" aus Spezialfinanzierungen in der Erfolgsrechnung zwar ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen wird, aber in der Geldflussrechnung unter Umständen ein negativer Cash Flow (also ein Cash Loss) erzielt wird. In diesem Fall sind die Ausgaben höher als die Einnahmen und es stehen keine eigenen Mittel für die Finanzierung von Investititonen zur Verfügung. Diese Finanzierungslücke kann entweder durch die Veräusserung von Finanzvermögen und / oder die Aufnahme von neuem Fremdkapital, bzw. einer Kombination aus beiden Bereichen geschlossen werden. Ein Abbau von Schulden ist somit nur dann möglich, wenn ein Free Cash Flow erzielt wird.

In den nachfolgenden Abschnitten werden im Rahmen einer ersten Grobanalyse die finanzielle Verschuldungssituation der Stadt Biel und die rechtlichen Rahmenbedingungen näher beleuchtet. Darauf aufbauend werden die Konsequenzen aus der Implementierung der geforderten Schuldenbremse analysiert und die politischen Aspekte kurz aufgezeigt. Abschliessend wird ein Fazit gezogen und eine Vorgehens- und Umsetzungsempfehlung abgegeben.

1. Finanzielle Situation und bisherige Entwicklung

Das Fremdkapital der Stadt Biel ist von einem Bestand von rund CHF 500 Mio. (nominal) per Ende 1994 bis Ende 2014 auf rund CHF 766 Mio. (nominal) angewachsen, was einem Wachstum von rund 53% über einen Zeitraum von 20 Jahren entspricht. Die nachfolgende Tabelle zeigt die "Wachstumsraten" des Gesamtfremdkapitals von 1994 bis Ende 2015. Das stark überproportionale Fremdkapital-Wachstum im Jahr 2014 und die entsprechende Abnahme im Jahr 2015 ist primär technischer Natur und auf die Refinanzierung eines

Darlehens von CHF 80 Mio. im Jahr 2015 mittels einer Ende 2014 zu sehr vorteilhaften Konditionen emittierten Anleihe von CHF 100 Mio. zurückzuführen.

	1994	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Kurzfristige Schulden	50'511'573	10'949'614	46'843'281	27'019'315	59'849'073	9'829'617	11'084'419	55'000'000
Mittel- und Langfristige Schulden	385'202'200	467'785'500	467'380'700	506'837'300	506'082'500	596'694'981	695'006'524	613'383'864
Laufende Verpflichtungen	22'364'985	32'915'252	27'971'826	37'709'681	35'961'211	38'408'460	37'816'201	37'816'201
Verpflichungen für Sonderrechnungen	2'788'299	11'491'245	8'680'335	10'555'271	10'381'709	8'223'101	10'030'943	10'030'943
Rückstellungen	60'991	5'014'385	1'090'049	1'651'431	4'027'842	822'930	3'069'669	3'069'669
Passive Rechnungsabgrenzungen	39'956'381	8'335'579	7'732'052	7'946'358	8'209'120	9'253'855	9'429'017	9'429'017
Total Fremdkapital	**500'884'429**	**536'491'575**	**559'698'243**	**591'719'356**	**624'511'455**	**663'232'944**	**766'436'773**	**728'729'694**
Wachstumsrate (Jahr)		**7.11%**	**4.33%**	**5.72%**	**5.54%**	**6.20%**	**15.56%**	**-4.92%**

Abbildung 3: Bestand Fremdkapital und Wachstumsrate

Weiter führte auch die Veräusserung von Liegenschaften im Finanzvermögen (Desinvestition) zu einem namhaften Zufluss an liquiden Mitteln, so dass zur Finanzierung der Investitionen weniger neues mittel- und langfristiges Fremdkapital als geplant aufgenommen werden musste. Auf Grund der aktuellen Hochrechnungen wird per Ende 2015 ein Bruttoverschuldungsgrad von rund 175% erwartet. Die nachfolgende Grafik zeigt die Entwicklung des Bruttoverschuldungsgrades über einen Zeithorizont von 12 Jahren.

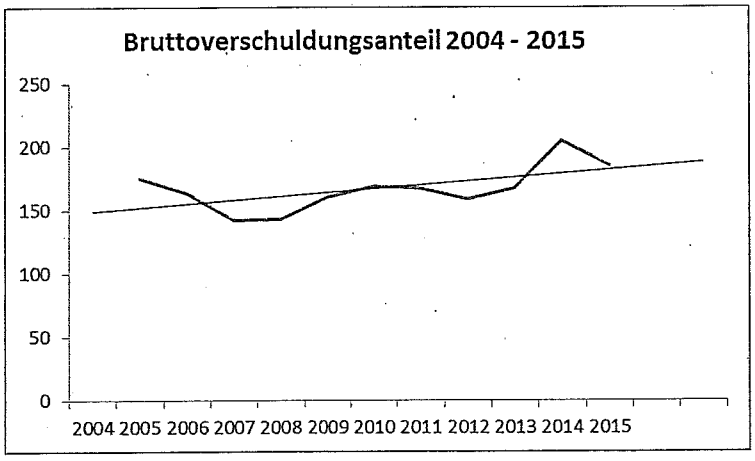

Abbildung 4: Entwicklung Bruttoverschuldungsanteil 2004-2015

Die jährlichen Fixkosten für die Fremdkapitalzinsen konnten durch einen höheren Anteil an zinsgünstigem, kurfzfristigem Fremdkapital und der Ablösung eines teuren Darlehens für 2016 im Vergleich zum Budget 2015 um knapp CHF 1 Mio. auf rund CHF 16 Mio. gesenkt werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der unbestritten negative Trend der Entwicklung der Verschuldung und der Zinskosten zwar nicht gebrochen, aber immerhin per Ende 2015 verlangsamt werden konnte.

2. Rechtliche Rahmenbedingungen

Gemäss Art. 73 des Gemeindegesetzes (GG, BSG 170.11) muss der Finanzhaushalt einer Berner Gemeinde ausgeglichen sein; ein **Defizit in der Erfolgsrechnung** darf lediglich dann budgetiert werden, wenn es durch einen Bilanzüberschuss gedeckt ist, oder wenn Aussicht auf Deckung gemäss Art. 74 GG besteht. Dieser besagt, dass **ein Bilanzfehlbetrag innert acht Jahren seit der erstmaligen Bilanzierung abgetragen sein muss** und dass der Bilanzfehlbetrag einen Drittel des ordentlichen Jahressteuerertrages nicht übersteigen darf.

Die Einhaltung dieser Vorgaben wird durch das Amt für Gemeinden und Raumordung (AGR) überwacht. Die Sanktionen sind in Art. 75 (Sanierungsmassnahmen) und Art. 76 (Massnahmen des Regierungsrates) festgelegt.

Auf Ebene der Gemeinden erfolgt die Steuerung von Einnahmen und Ausgaben nach direktdemokratischen Mechanismen. Dies bedeutet, dass die Legislative (Parlament und Stimmberechtigte) mittels Budget den jährlichen Konsumaufwand, die Investitionen sowie wiederkehrenden Ausgaben mittels Verpflichtungskrediten[2] beschliessen. Aber auch die Ertragsseite (Steueranlage und ein Teil der Gebühren und Abgaben) wird weitgehend von Beschlüssen der Stimmberechtigten und des Parlaments gestaltet. Der Gemeinderat ist zwar für die Führung der Gemeinde und für den Finanzhaushalt verantwortlich, die wesentlichen Entscheide, welche letztlich für das Haushaltgleichgewicht massgeblich sind, liegen aber bei den legislativen Organen. Dies führt dazu, dass einerseits beliebig Ausgaben beschlossen werden können, andererseits aber die Steuern nicht entsprechend angepasst werden müssen.

3. Auswirkungen und Folgen der Einführung einer Schuldenbremse

Gemäss den Vorgaben der Motionäre soll als Zielgrösse in der Jahresrechnung (ex-post) ein Bruttoverschuldungsanteil von < 150% ausgewiesen werden. Wird dieser Wert überschritten, so muss das Finanzierungsergebnis[3] positiv sein. Wird diese Vorgabe nicht erreicht, so muss der "Finanzierungssaldo" im Verlauf der nächsten 5 Jahre überkompensiert, d.h. abgebaut werden. Wird die Zielgrösse hingegen unterschritten, darf das "Finanzierungsergebnis" so lange negativ sein, bis die Zielgrösse wieder überschritten wird. Hierzu ist darauf hinzuweisen, dass der in der Motion verwendete Begriff des "Finanzierungssaldos" die Einnahmenseite ./. Ausgabenseite ./. Investitionen ohne jedoch die Desinvestitionen beinhaltet. In Lehre und Praxis wird von den Begriffen gemäss der Grafik "Geldflussrechnung" auf Seite 2 ausgegangen.

Ausgehend von der per Ende 2015 voraussichtlich zu erwartenden Verschuldungssituation (Bruttoverschuldungsanteil von rund 175%) und einem – ebenfalls geschätzten – Finanzertrag in der Grössenordnung von rund CH 400 Mio. bedeutet dies, dass beispielsweise bis Ende 2017 ein Schuldenabbau von rund CHF 100 Mio. notwendig wäre, damit der Zielwert eines Bruttoverschuldungsanteils (BVA) von < 150% erreicht wird.

Bruttoverschuldungsanteil 2015 (Schätzung!)

Kurzfristige Schulden	55'000'000.00
Mittel- und langfristige Schulden	613'383'864.00
Sonderrechnungen	10'030'943.00
Bruttoschulden	678'414'807.00
Finanzertrag (Schätzung!)	386'121'940.00
Bruttoverschuldungsanteil	175.70

Bruttoverschuldungsanteil Zielwert < 150%

Kurzfristige Schulden	55'000'000.00
Mittel- und langfristige Schulden	513'383'864.00
Sonderrechnungen	10'030'943.00
Bruttoschulden	578'414'807.00
Finanzertrag (Schätzung!)	386'121'940.00
Bruttoverschuldungsanteil	149.80

Ein Schuldenabbau in diesem Ausmass wäre einzig über die Veräusserung von rund einem Viertel des Finanzvermögens, oder aber die Veräussserung von verselbständigten Gemeindebetrieben (z.B. ESB, CTS, Parking AG) oder noch zu verselbständigender Bereiche (z.B. Heime) möglich. Dabei stellt sich jedoch die Frage, ob a) überhaupt genügend (solvente) Kaufinteressenten gefunden werden können, und b) diese Verkäufe durch die Legislative gutgeheissen werden oder nicht. Schliesslich gilt hierzu zu bemerken, dass eine

2 Gemäss den finanziellen Kompetenzen (Stadtordnung)

3 Gemäss der Definition der Motion bedeutet das, dass die Investitionen vollständig durch den CashFlow (s. Schema Geldflussrechnung) gedeckt sein müssen.

Veräusserung nur zu einem einmaligen Einnahmeneffekt führt und damit auch ein Verzicht auf inskünftige Einnahmen aus diesen Körperschaften verbunden wäre. Auch denkbar wäre ein zweites Sanierungspaket (NHS 2) zu definieren, welches beispielweise eine Erhöhung der Steueranlage von drei Zehnteln und liquiditätswirksame Entlastungsmassnahmen in der Höhe von rund CHF 20 Mio. umfasst. Weiter müsste auch der nicht selbstfinanzierte Anteil der für 2016 und 2017 getätigten Investitionen (laufende und neue Investitionen) über zusätzliche Desinvestitionen finanziert werden. Selbst wenn der (eher unwahrscheinliche) Fall eines Mittelzuflusses in dieser Höhe erfolgt, ist der notwendige Schuldenabau gar nicht im vollen Umfang möglich, da eine vorzeitige Schuldenrückzahlung auf Grund von vertraglichen Bedingungen nur sehr beschränkt möglich ist. Folglich ist davon auszugehen, dass der Zielwert per Ende 2017 nicht erreicht wird.

In diesem Fall käme nach dem Willen der Motionäre die Steuerungsgrösse positiver "Finanzierungsaldo" zur Anwendung. Wie aus Abbildung 5 ersichtlich, bedeutet dies, dass 2017 die getätigten Investitionen vollständig aus dem CashFlow finanziert werden müssten.

Geldflussrechnung	**Mio. CHF**	
I. Innenfinanzierung		
liquiditätswirksamer Ertrag (= Geldeingänge)		
./. Liquiditätswirksamer Aufwand (= Geldausgänge)		
= Cash Flow / Cash Loss	**40.00**	
II. Investitionsbereich		
Desinvestitionen (= Geldeingänge)	0.00	
./. Investitionen (= Geldausgänge)	40.00	
= Mittelzu- /-abfluss aus Investitionen	**0.00**	**Steuerungsgrösse**
Free Cash Flow (= Ergebnis I ./. Ergebnis II		

Abbildung 5: Konsequenzen von Investitionen

Geht man vom durchschnittlichen Investitionsvolumen gemäss den kantonalen Erfahrungswerten (10% des konsolidierten Haushaltes) aus, so würde dies für die Stadt Biel im Jahr 2017 rund CHF 40 Mio. Investitionsausgaben bedeuten, die aus dem Cash Flow finanziert werden müssten. Die Einhaltung dieser Vorgabe ist – trotz Umsetzung der Massnahmen aus dem Paket der Nachhaltigen Haushaltsanierung 2016+ wohl kaum realistisch. In der Folge tritt die Sanktionsregel in Kraft welche besagt, dass der negative Finanzierungssaldo innerhalb von 5 Jahren überkompensiert werden muss.

Der kommunale Haushalt wird mit dem Budget immer für ein Jahr geplant. Entsprechend wird mit der Jahresrechnung auch über diesen Zeitraum hinweg Rechenschaft abgelegt. Die Steuerungsmöglichkeiten, die das Budget gewährt, sind jedoch sehr bescheiden: Die wesentlichen finanzhaushaltrelevanten Entscheide erfolgen durch den Kanton (Gesetzliche Vorgaben, FILAG). Weiter entstehen aber auch sogenannte gebundene Ausgaben auf Grund von Verpflichtungskrediten (Investitionen und wiederkehrende Ausgaben wie beispielsweise aus mehrjährigen Leistungsverträgen), Stellenschaffungen oder aus anderen Rechtsgeschäften, die ausserhalb des Budgets beschlossen werden. Da ein erheblicher Teil der kommunalen Aufwendungen und Erträge fremdbestimmt ist und auch durch Entscheide der Gemeinde «aus früheren Zeiten» präjudiziert wird, sind die Reaktionsmöglichkeiten beschränkt. Dies ist der Grund, weshalb sich der durch das kantonale Recht vorgegebene Steuerungszeitraum nicht auf ein Jahr, sondern auf einen mittelfristigen Zeithorizont von acht

Jahren ausrichtet. [4] Weder die Steuern noch die Kausalabgaben (Gebühren und Abgaben) sollen jährlich den sich ergebenden Schwankungen angepasst werden, hier ist nur eine mittelfristige Optik in Bezug auf das Haushaltgleichgewicht zielführend. Instrumente, welche kategorisch auf das jährliche Rechnungsergebnis abstellen, tragen diesem Umstand nicht Rechhung und sind deshalb suboptimal.

4. Politische Aspekte

Einnahmen und Ausgaben auf Gemeindeebene werden – soweit nicht durch eine übergeordnet politische Instanz vorgegeben - direktdemokratisch durch das Parlament und die Stimmberechtigten bestimmt. Dabei gibt es weder bei den Einnahmen noch bei den Ausgaben ein «zu viel» oder «zu wenig» oder ein „richtig" oder „falsch"; hier ist einzig die Politik gefordert: Sie muss ihre Verantwortung wahrnehmen und permanent den poltischen «Verteilkampf» der Mittel führen (es hat immer zu viele Ansprüche und zu wenig Mittel), dies gehört zum Mandat der Parlamentsmitglieder bzw. hier muss die direkte Demokratie Wirkungen entfalten. Auch die Einführung neuer Instrumente (Schulden- / Ausgabenbremse) würde die Politik nicht von dieser Aufgabe entbinden.

5. Fazit und Empfehlung

Zusammenfassend kann aus den Auführungen in den vorhergehenden Abschnitten das Fazit gezogen werden, dass nicht der Akt der Verschuldung für sich problematisch ist, sondern der Beschluss über die Erfüllung von Aufgaben, die damit verbundenen Ausgaben und die damit einhergehenden Verpflichtungen der Gemeinde gegenüber Dritten (Personal, Auftragnehmer, Werkvertragspartner usw.), wie auch der Beschluss über Einnahmen (bspw. Steueranlage). Die Aufnahme von Fremdmitteln dient lediglich der Finanzierung von eingegangenen Verpflichtungen und stellt die Liquidität der Gemeinde sicher. Wenn ein Haushalt in Schieflage gerät, ist dies in den Ausgaben bzw. in den eingegangenen Verpflichtungen begründet, und nicht in der Fremdfinanzierung.

Es ist angesichts der finanziellen Situation und der inzwischen kritischen Höhe der Verschuldung der Stadt Biel unbestritten, dass raschmöglichst wirksame Massnahmen zur Eindämmung des Schuldenwachstums getroffen werden sollten. Eine wesentliche Voraussetzung für deren Wirksamkeit sind jedoch, dass realistische und erreichbare Ziele und Steuerungsgrössen festgelegt werden. Ansonsten verkommt das an sich durchaus sinnvolle Instrument der „Schulden / Ausgabenbremse" letztlich zu einer reinen Absichtserklärung, die in der Praxis weder rechtlich noch politisch umsetzbar ist, ohne dass zu drastischen Massnahmen wie der Veräusserung des „Tafelsilbers" gegriffen wird.

Der Verschuldungsanteil bildet einen der wesentlichen Parameter gesunder Gemeindefinanzen. Die sorgfältige Ausarbeitung eines wirkungsvollen, auf die Stadt Biel ausgerichteten Instrumentariums, welches die Stadt nicht unverhältnismässig einschränkt, erfordert sorgfältige und vertiefte Abklärungen. Der Gemeinderat sieht vor, dem Stadtrat über die zu definierenden Steurungsinstrumente für einen gesunden Finanzhaushalt Bericht zu erstatten.

4 Ein Aufwandüberschuss kann gemäss den Bestimmungen Art. 73 f GG budgetiert werden. Siehe dazu auch die Ausführungen in Abschnitt 2

Im Sinne der vorangehenden Ausführungen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die dringliche überparteiliche Motion in Anwendung von Art. 40 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

Biel, 3. Februar 2016

Namens des Gemeinderates

Der Stadtpräsident: Der Vize-Stadtschreiber:

Erich Fehr Julien Steiner

Beilage:
- Dringliche überparteiliche Motion 20150376

Vorstoss Nr./Interv. no: 20150376
Termin GR/Délai GM: 03.02.2016
Direktion/Direction: FID
Mitbericht/Corapport: PRA, STK

Überparteiliche dringliche Motion

Stadtkanzlei/Chancellerie municipale

Schuldenbremse für die Stadt Biel

Die Stadt Biel hat ein Problem mit seinen liquiden Mitteln. In den letzten Jahren konnten die laufenden Ausgaben und die Investitionen zum grossen Teil nicht mehr mit eigenen Mitteln finanziert werden. Dies führt dazu, dass der Bruttoverschuldungsanteil per Ende 2014 auf 205% stieg. Ein Wert von über 200% erachtet das Amt für Gemeinden und Raumplanung als kritisch. Das verzinsliche Fremdkapital wird per Ende 2015 voraussichtlich wieder ansteigen und die Stadt Biel wird im 2016 rund CHF 17 Millionen Fremdkapitalzinsen zahlen. Dies entspricht 4-5% der gesamten Ausgaben der Stadt Biel. Für die finanzielle Zukunft der Stadt Biel ist es daher von grosser Bedeutung, das Fremdkapital auf einem langfristig finanzierbaren Niveau zu halten. Mit der Einführung von HRM2 erhält der Gemeinderat in Form der Geldflussrechnung auch ein geeignetes Steuerungsinstrument dafür.

Deshalb fordern die Motionäre den Gemeinderat auf, eine Schuldenbremse mit folgender Ausgestaltung auszuarbeiten und spätestens per 01.01.2017 in einer geeigneten Rechtsquelle (Verfassung, Gesetz oder Verordnung) der Stadt Biel zu verankern.

Ausgestaltung der Schuldenbremse:

1. Ziel der Schuldenbremse: Bruttoverschuldungsanteil der Stadt Biel unter 150%
2. Liegt der Bruttoverschuldungsanteil über 150 %, tritt folgender Mechanismus in Kraft:
   a) Steuerungsgrösse: Finanzierungsergebnis Gesamthaushalt (Einnahmen – Ausgaben; inkl. Investitionen; inkl. Spezialfinanzierungen)
   b) Ziel der Steuerungsgrösse: Das Finanzierungsergebnis des Gesamthaushaltes muss positiv sein (Periode: IST Januar – Dezember)
   c) Regel bei Nichteinhaltung des Zieles der Steuerungsgrösse (Punkt 2b): Falls der Finanzierungssaldo im Verlauf einer Jahresperiode negativ ist, muss dieser im Verlauf der nächsten 5 Jahre überkompensiert werden.
3. Liegt der Bruttoverschuldungsanteil (BVA) unter 150%, darf das Finanzierungsergebnis solange negativ sein, bis der BVA wieder höher als 150% ist (dann kommt wieder Mechanismus aus Punkt 2 zum Zug).

Biel, 16.12.2015

SVP/ Die Eidgenossen	GLP	BDP/BVP	FDP/PRR/EVP/EDU
Joel Haueter	Nathan Güntesperger	Reto Gugger	Stefan Kaufmann

Anhang Nr. 17

Réponse

au postulat interpartis 20150303, Chantal Donzé, PDC, Andreas Sutter, PPB, Dennis Briechle, PVL, Ruth Tennenbaum, Passerelle, Maurice Paronitti, PRR, Hervé Treu, PSR, Mohamed Hamdaoui, PSR, «Faire de Bienne un pôle du tourisme scolaire et familial»

Situation initiale

Les intervenants prient le Conseil municipal d'examiner si la Ville de Bienne peut réaliser des parcours-découverte durables qui la mettent en valeur à l'intention d'un public scolaire et familial et qui incitent à visiter la ville pour un jour ou une semaine. Ils motivent leur requête par le fait que Bienne souffrirait d'une mauvaise réputation, bien que la ville ait de nombreuses qualités à faire valoir telles que le bilinguisme, l'histoire horlogère, l'amour de la culture, les clubs de sport et la proximité avec les meilleurs sportifs nationaux, et bénéficie d'un emplacement privilégié entre Jura et lac, etc. L'intervention suggère l'élargissement de l'offre de parcours-découverte, la coopération avec la Haute école pédagogique bernoise et la collaboration avec un organisme tel que kiknet AG.

Prise de position du Conseil municipal

Le Conseil municipal trouve que l'idée de parcours-découverte durables à l'intention des écoles et des familles est intéressante et axée sur l'avenir. D'une part, il est confiant dans le fait qu'une telle offre est en mesure, à moyen terme, de transmettre une image positive et encore inconnue de Bienne aux enfants et jeunes de l'extérieur, ainsi qu'à leurs parents qui empruntent lesdits parcours-découverte. D'autre part, une offre pédagogique passionnante et précieuse faison découvrir les particularités de Bienne peut permettre d'attirer des visiteurs et visiteuses supplémentaires à Bienne. Par conséquent, il est disposé à soumettre la présente requête à un examen détaillé, en particulier aussi à une étude de faisabilité et à une appréciation des coûts y afférents. Pour cela, il vise une collaboration avec l'organisation Tourisme Bienne-Seeland et la Haute école pédagogique bernoise.

Proposition

Au vu de ce qui précède, le Conseil municipal propose au Conseil de ville d'adopter le postulat interpartis 20150303 «Faire de Bienne un pôle du tourisme scolaire et familial».

Bienne, le 13 janvier 2016

Au nom du Conseil municipal

Le maire: Erich Fehr

La chancelière municipale: Barbara Labbé

Annexe: postulat interpartis 20150303

Vorstoss Nr./Interv. no.: 150303
Termin GR/Délai CM: 27.1.2016
Direktion/Direction: PRA
Mitbericht/Corapport: BKS

POSTULAT INTERPARTIS

« FAIRE DE BIENNE UN PÔLE DU TOURISME SCOLAIRE ET FAMILIAL »

La Ville de Bienne est priée d'examiner si elle peut réaliser des parcours-découverte durables qui la mettent en valeur à l'intention d'un public scolaire et familial, et qui incitent à la visiter pour un jour ou une semaine.

JUSTIFICATION

Bienne fait partie des 10 plus grandes villes de Suisse, bien avant d'autres chefs-lieux cantonaux. Pourtant, elle souffre d'une mauvaise réputation.

Hors Bienne a de nombreuses qualités à faire valoir : bilinguisme, histoire horlogère, amour de la culture, clubs de sport et proximité avec les meilleurs sportifs nationaux, emplacement privilégié entre Jura et lac, etc.

Cependant, quelle classe externe à Bienne ou quelle famille pense à y faire une excursion d'un jour ou un séjour d'une semaine pour en découvrir les nombreuses richesses ?

Nous demandons que la Ville réfléchisse à mieux se mettre en valeur, notamment par l'élaboration de **parcours-découvertes** à l'intention d'un public scolaire et familial, afin d'inciter les enseignants et leurs classes ou les familles à passer une journée ou une semaine à Bienne. Des suggestions de courses d'écoles ou de parcours-découvertes d'un jour élaborées de A à Z, à thème choisi par la Ville et ses partenaires, signalées par des panneaux durables dans la Ville, pourraient être mises à disposition des enseignants ou des familles de façon centralisée.

L'élaboration ou la diffusion de tels parcours-découverte, à teneur pédagogique, taillés sur mesure pour un public cible spécifique, **pourrait se faire sur mandat** en collaboration avec un organisme tel que www.kiknet.ch si les ressources humaines internes à la Ville devaient faire défaut.

Les hautes écoles pédagogiques cantonales francophones et germanophones, educanet, l'IFFP et son pendant alémanique EHB pourraient relayer l'information pour la faire parvenir aux enseignants. L'illustré, FamilienSpick peuvent relayer l'information auprès des familles.

C'est pourquoi nous vous demandons d'adopter notre postulat, dans le but de contribuer au rayonnement et à la croissance de Bienne.

Bienne, le 24 septembre 2015

Chantal Donzé, PDC (CVP)

Andreas Sutter (BVP, BDP)

Dennis Briechle (glp)

Ruth Tennenbaum (PAS)

Maurice Paronitti (PRR)

Hervé Treu (PS)

Mohamed Hamdaoui (PS)